

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Bebnowski, David; Förster, Lisa Julika

Book

Wettbewerbspopulismus : die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen : ein Projekt der Otto Brenner Stiftung

Provided in Cooperation with:

Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main

Reference: Bebnowski, David/Förster, Lisa Julika (2014). Wettbewerbspopulismus : die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen : ein Projekt der Otto Brenner Stiftung. Red.-Schluss: 20.Mai 2014. Frankfurt/Main : Otto Brenner Stiftung.

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/851>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

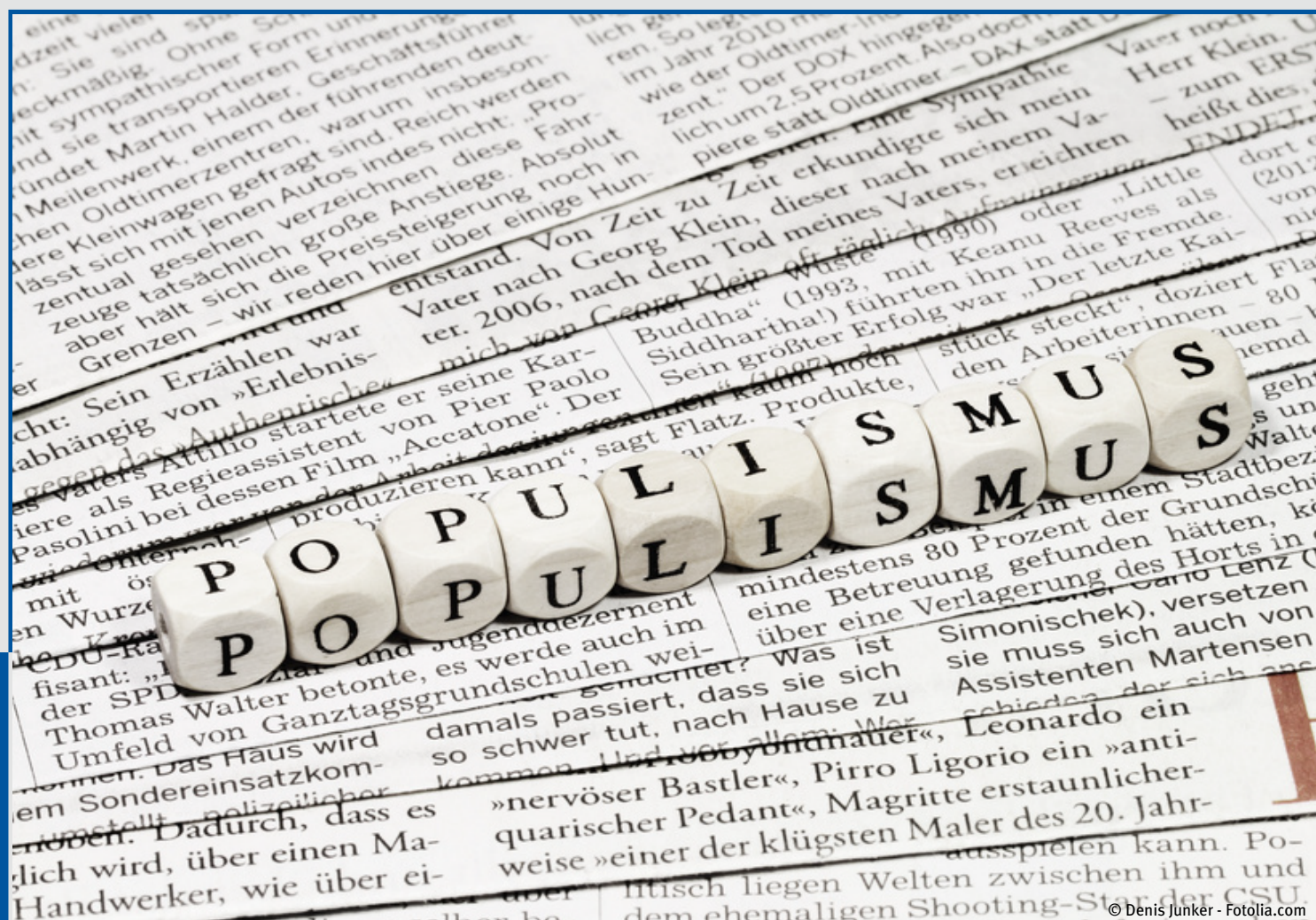
Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

<https://savearchive.zbw.eu/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

David Bebnowski, Lisa Julika Förster



Wettbewerbspopulismus

Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen

Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2014

OBS-Arbeitspapier Nr. 14

OBS-Arbeitspapier Nr. 14

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt/Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-66932786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
Internet: www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:

David Bebnowski, Lisa Julika Förster
Göttinger Institut für Demokratieforschung
Weender Landstr. 14
37073 Göttingen
E-Mail: david.bebnowski@demokratie-goettingen.de
Telefon: 0551/3917 0118

Lektorat und Redaktion:

Dr. Burkard Ruppert (OBS) und Julian Wenz (OBS)

Gestaltung:

Jan Burzinski (OBS)/complot-mainz.de

Bildnachweis Titelgrafik:

(c) Denis Junker – Fotolia.com

Redaktionsschluss: 20. Mai 2014

Die Otto Brenner Stiftung dankt der Hans Böckler Stiftung für die finanzielle Unterstützung bei der Realisierung dieses Projektes.

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden. In den Arbeitspapieren werden Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt.

Download und weitere Informationen: www.otto-brenner-stiftung.de

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Günstige Gelegenheiten für den Populismus: Populistische Momente	7
3. Der „Bund freier Bürger“ als Vorbote der AfD	9
4. Die „Eurokrise“ in Deutschland – Einfallstor für populistische Agitation	12
4.1 Paradoxe Übereinkünfte zwischen den Lagern	12
4.2 Von Keynesianismus und Ordoliberalismus	14
5. Der Wettbewerbspopulismus der AfD	19
5.1 Der Wettbewerbspopulismus und die Verbindung nach Rechtsaußen	19
5.2 Der Wettbewerbspopulismus als „Antipolitik“	21
6. Der populistische Moment der Gegenwart – Die Erfolgsbasis der AfD	25
6.1 Deutschlands volkswirtschaftliche Stabilität ermöglicht den Erfolg des Wettbewerbspopulismus	28
6.2 Große Koalitionen und postdemokratische Tendenzen untermauern das Bild der Alternativlosigkeit	26
6.3 Die AfD artikuliert materielle Ängste der Bevölkerung infolge des Euro und der Agenda 2010	28
7. Schlussbemerkung	30
Anhang	32
Methoden	32
Autoren	34
Literatur und Quellen	35

1. Einleitung

Wenn in Deutschland eine rechtspopulistische Partei entstehen sollte, dann würde diese von einem starken, polarisierenden Volkstribun angeführt werden. So lauteten zumindest bis vor kurzem beliebte Prognosen (vgl. Langguth 2012, Büscher 2011). Eine solche Vermutung lag nicht zuletzt beim Blick auf das europäische Ausland nahe. Schließlich bestimmten und bestimmten charismatische Leitfiguren wie Jörg Haider in Österreich oder Geert Wilders in den Niederlanden das Bild populistischer Kräfte. Kurz: Eine rechtspopulistische Partei in der Bundesrepublik würde schwerlich ohne einen Charismatiker auskommen, der Menschen vermöge seiner spezifischen Aura in seinen Bann ziehen könnte.

Insofern wirkt es schon ironisch: Denn als sich die „Alternative für Deutschland“ (AfD) gründete, in großer Zahl Anhänger aus rechtspopulistischen Parteien in die neue Partei strömten und sie selbst zu manch unverhohlenem rechtspopulistischen Argumentationsmuster ansetzte (insgesamt: Häusler 2013), verhielt es sich doch ganz anders. An ihrer Spitze steht eben keine bierdünstige, hypertonische Krafter, sondern der asketisch wirkende Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke. Weder ist er ein in Auftreten und Gestus besonders mitreißen-der Rhetor, noch besitzt er die schillernde Exzentrizität des wasserstoffblonden Wilders oder wirkt kumpelhaft wie der stets grinsende und tief gebräunte Haider. Bernd Lucke ist gewissermaßen das Gegenprogramm: Er wirkt seriös, fast bieder, betont unauffällig und ist, so weiß man aus der Berichterstattung, ein gläubiger evangelisch-reformierter Christ (Ankenbrand 2013). Wieso diese doch überraschende personelle Konstellation in der AfD?

Bloßer Zufall ist das freilich nicht. Dabei ist es nurmehr eine Randnotiz, dass es für den Populismus, gleich welcher Couleur, keinesfalls zwingend eines charismatischen Führers bedarf (Priester 2012a: 88). Eine Antwort auf diese Frage verbirgt sich vielmehr in der Tatsache, dass Bernd Lucke ein Ökonom ist. Betrachtet man nämlich die Zusammensetzung der Erstunterstützer der AfD, fällt auf, dass er als habilitierter Wirtschaftswissenschaftler wichtige Teile der Partei repräsentiert: Unter den 64 Erstunterstützern der AfD befinden sich 18 Volkswirtschaftsprofessoren.¹ Nicht alle von ihnen sind Parteimitglieder, einige dieser durchaus profilierten Wirtschaftswissenschaftler besetzen jedoch hohe Ämter in der Partei. Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel stehen auf den ersten beiden Listenplätzen zur Europawahl, der Tübinger Ökonom Joachim Starbatty rangiert auf Platz fünf. Zusätzlich hierzu wird der Hamburger Landesverband der Partei vom Wirtschaftswissenschaftler Jörn Kruse angeführt, bis in den November 2013 hinein galt dies unter der Führung Alexander Dilgers auch für den nordrhein-westfälischen Verband. Darüber hinaus umfasst der gesamte wissenschaftliche Beirat der AfD

1) Alle Namen finden sich unter: <https://www.alternativefuer.de/unterstuetzer/>

neben den bereits Genannten mit Roland Vaubel, Dirk Meyer und Helga Luckenbach ausschließlich Ökonomen und eine Ökonomin.

Insofern lässt sich die Frage nach der Funktion Luckes in der Partei generell auf die Ökonomen ausweiten: Was bringt sie zur AfD und welche Rolle spielen sie für die Programmatik der Partei? Was veranlasst sie dazu, sich an einem doch unsicheren politischen Projekt zu beteiligen, worin bestehen ihre Wünsche und Hoffnungen? Organisierten sie sich bereits vor der AfD politisch in anderen Projekten – und auf welchen Spielarten der Eurokritik basieren ihre politischen Ideen? Nicht zuletzt soll auf diese Weise auch ein schärferes Bild von der AfD und ihrem Verhältnis zu anderen populistischen Akteuren in Deutschland und dem europäischen Ausland der jüngsten Vergangenheit entstehen. Wo liegen die Gründe für den Erfolg der AfD im Vergleich zu möglichen Vorläufern wie dem „Bund freier Bürger“, der im Gefolge einer früheren populistischen Regung entstand? Die Beantwortung dieser Fragen stand im Mittelpunkt des Forschungsprojektes „Eurokritik in Deutschland – Eine qualitative Analyse der Alternative für Deutschland vor dem Hintergrund der diskursiven Verhandlung der Eurokrise“, das am Institut für Demokratieforschung Göttingen, gefördert von der Otto Brenner Stiftung, entstand.

Hierfür wurden neun Interviews mit den ökonomischen Erstunterstützern der AfD geführt. Zur Kontrastierung fanden zwei Interviews mit gewerkschaftsnahen Ökonomen statt, die sich inhaltlich gegen die AfD und deren politische Positionen aussprachen. Ziel dieser kontrastierenden Vorgehensweise war es, die Besonderheiten der eurokritischen Ideen aus dem Umfeld der AfD durch den Vergleich mit ähnlich argumentierenden Wissenschaftlern anderer politischer Orientierungen, die aber zu anderen Schlussfolgerungen kommen, herauszuarbeiten. So wurde jeweils ein Interview mit dem Sozialwissenschaftler Wolfgang Streeck und mit einem weiteren Politologen geführt, da diese beiden ebenfalls eine deutliche Kritik am Euro artikulierten. Ein weiteres Interview fand mit einem Ökonomen statt, der sich inhaltlich zustimmend zu den eurokritischen Forderungen der AfD äußerte, sie jedoch nicht unterstützt.² In Ergänzung zu diesen Interviews besuchten die Autorinnen als teilnehmende Beobachter den Parteitag der AfD in Aschaffenburg am 25.01.2014 und den Parteitag der AfD zur Europawahl am 22.03.2014. Hermeneutisch analysiert wurden zudem Wahlprogramme der AfD (Methoden im Anhang).

Dieser Bericht beginnt mit einer zeithistorischen Deutung des Erfolgs der AfD – gefragt wird nach dem Gelegenheitsfenster, durch das sich die Partei Zutritt in den politischen Raum verschaffen konnte. Im Folgenden wird ein Vergleich zum „Bund freier Bürger“, einer Kleinstpartei, die inhaltlich und auch personell starke Überschneidungen mit der AfD aufweist, gezogen. Im Anschluss hieran wird der Fokus auf die Ökonomen in der AfD gelegt und erörtert, welche besondere politische Stoßrichtung sie in die Partei überführen.

2) Mit der Ausnahme von Wolfgang Streeck wurden alle anderen Interviewpartner durch Nennung der jeweiligen Gruppe und einer Nummer anonymisiert (AfD 3).

Hiermit sind wir bereits bei der zentralen These dieses Beitrags angelangt. Der schnelle Aufstieg der AfD inklusive ihres Überraschungserfolgs bei der Bundestagswahl wäre der Partei ohne die Ökonomen kaum geglückt. Sie halfen der AfD, sich personell zu profilieren und glaubwürdig von anderen politischen Akteuren abzugrenzen. Es wäre falsch, die AfD unterschiedslos als eine rechtspopulistische oder gar rechtsradikale Partei darzustellen, auch wenn sich sowohl personelle Überschneidungen mit Rechtspopulisten, Rechtsradikalen und rechten publizistischen Netzwerken nebst eindeutig rechtspopulistischen Argumentationsmustern in der Partei wiederfinden (Häusler 2013; Kemper 2013) und zumindest von „Tendenzen zu einer rechtspopulistischen Ausrichtung“ gesprochen werden kann (Häusler 2013: 93). Unser Beitrag plädiert dafür, die AfD als spezifisch deutsches Phänomen während der schwelenden Eurokrise einzustufen. In den abschließenden Kapiteln wird dargelegt, warum die AfD erst in der gegenwärtigen Situation entstehen konnte und was ihr zentraler Erfolgsfaktor ist. Dabei wird ihre spezifische Ausprägung populistischer Agitation herausgearbeitet, die sie markant von ihren politischen Mitbewerbern unterscheidet. Diese werden wir im Folgenden als *Wettbewerbspopulismus* bezeichnen.

2. Günstige Gelegenheiten für den Populismus: Populistische Momente

Man kann die Schlagzeilen errahnen: Wenn zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 an den Urnen über die Zusammensetzung des europäischen Parlaments entschieden wird, werden in vielen Mitgliedsstaaten der EU auch rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien Wahlerfolge vermelden können. Nur: Worüber redet man eigentlich, wenn man von *Rechtspopulismus* spricht?

Vorweg: Es erscheint wenig zweckmäßig, die politische Positionierung der AfD unmittelbar aus Definitionen des Rechtspopulismus abzuleiten. Wenngleich auch an späterer Stelle dieses Berichts Wesensmerkmale des Populismus eine Rolle spielen und unterschiedliche rechtspopulistische Akteure in der Vergangenheit durchaus gemeinsame Wesensmerkmale aufwiesen, etwa die „Anti-Establishment-Orientierung“ (Decker 2011: 40, ähnlich: Holtmann/Krappidel/Rehse 2006: 45; Priester 2012b: 4 ff.; Micus 2014a), ist der Rechtspopulismus definitorisch kaum auf den Punkt zu bringen. Weil Rechtspopulisten immer an bestimmte politische Besonderheiten der sie umgebenden politischen Landschaft gebunden sind, lässt sich also festhalten: *Den* Rechtspopulismus gibt es nicht. Ein rein deduktives Vorgehen ist somit wenig erfolgversprechend. Es gilt, den Kontext, in dem rechtspopulistische Akteure in Erscheinung treten, genau zu betrachten (Priester 2012a: 33).

Dieser analytische Einwand sollte auch in der politischen Auseinandersetzung mit der AfD ernst genommen werden. Der vorliegende Bericht strebt daher an, sich dem Populismus der AfD als strukturellem Phänomen zeithistorisch zu nähern. Franz Walter beschreibt die gegenwärtige Situation in Deutschland als „populistischen Moment“ (Walter 2014, nach Priester 2005). Folgt man Karin Priester, dann entstehen diese populistischen Momente systematisch im Gefolge wirtschaftlicher Krisen. Populistische Bewegungen entstehen so stets nach Phasen des ökonomischen Abschwungs. Allerdings nimmt der populistische Moment einen Umweg – indem er nicht direkt als Antwort auf die wirtschaftlichen Turbulenzen entsteht, „sondern indirekt auf die Reaktion der politischen Eliten auf diese Wellen“ (Priester 2012a: 237). Etablierten politischen Akteuren gelingt es dann nicht länger, „bestimmte Gruppen oder soziale Segmente zu repräsentieren und deren Interessen wahrzunehmen“ (ebd.: 238). Alldem zugrunde liegt ein Erosionsprozess: „Die Wertemuster, welche Handlungen zugrunde liegen, verlieren im Akt der Krise an Überzeugungskraft und Rationalität, was Unsicherheit, zunächst auch Lähmung erzeugt, dann die Erosion von bisherigen Legitimationen zur Folge haben kann“ (Walter 2013a: 6). Die bekannte Beobachtung, dass populistische Bewegungen in Modernisierungskrisen entstehen (Spier 2006: 33; Decker 2011: 40), wird in diesem Wellenmo-

dell prozessual in die Krisendynamik des Kapitalismus eingebettet. Dies zusammen wirft einen Schlagschatten auf die seit 2007 schwelende weltwirtschaftliche Schieflage infolge der Finanzkrise.

Ohne diese Turbulenzen in das Modell zu integrieren, verzeichnet Priester für das 20. Jahrhundert insgesamt vier populistische Wellen. Die letzte Welle, die sich in Europa beginnend um das Jahr 1990 abspielte und bis heute wirkt, hat folglich den Siegeszug einiger der gegenwärtig sehr erfolgreichen rechtspopulistischen Kräfte Europas bewirkt (ebd.: 230 f.). So konnte erst am Ende der 1980er Jahre die lange Jahrzehnte ein Schattendasein fristende Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter Jörg Haider Erfolge feiern (vgl. auch: Pelinka 2002). 1993 wurde in Großbritannien die UK Independence Party (UKIP) gegründet und auch der Beginn populistischer Parteineugründungen in den Niederlanden nahm zunächst über die kommunalen „Lebenswert“-Parteien Fahrt auf und mobilisierte spätestens über die Liste des Charismatikers Pim Fortuyn das Wählerpotential, das sich schließlich über den angesprochenen Geert Wilders an der Partij voor de Vrijheid abschied (Lucardie 2003: 186 ff.; Reuter 2011: 66 ff.).

Mit Blick auf diese Zeit scheint Deutschland, außer in einem wesentlich auf Hamburg beschränkten Aufflackern in der STATT-Partei und der Partei Rechtsstaatliche Offensive des früheren Richters Ronald Schill, weitgehend unberührt von rechtspopulistischen Entwicklungen geblieben zu sein. Die einzige bundesweite populistische Neugründung jener Jahre verkörpert der 1994 vom ehemaligen FDP-Mitglied Manfred Brunner gegründete Bund freier Bürger (BfB). Er suchte die Nähe zur damals bereits erfolgreichen Freiheitlichen Partei Jörg Haiders, strebte selbst eine „deutsche FPÖ“ an und bediente sich dabei stark bei deren Symbolik – beispielsweise wurde ihre Selbstbezeichnung „Die Freiheitlichen“ adaptiert (Schui et al. 1997: 174). Bis auf die Tatsache, dass der Milliardär August von Finck den damaligen BfB mit einer Spende in Millionenhöhe unterstützte, ist diese kleine Partei seit ihrer Auflösung im Jahr 2000 heute in der Öffentlichkeit beinahe komplett in Vergessenheit geraten. Dies jedoch könnte sich gerade mit Blick auf das ökonomische Spitzenpersonal der heutigen AfD sowie die Programmatik beider Parteien als eine schwerwiegende Erinnerungslücke entpuppen.

3. Der „Bund freier Bürger“ als Vorbote der AfD

So wird in der wissenschaftlichen Literatur über die AfD verschiedentlich auf die personellen Überschneidungen zwischen dem Bund freier Bürger und der AfD hingewiesen (Kemper 2013: 39; Plehwe/Schlögl 2014: 22). Vor allem der Name Joachim Starbatty, wirtschaftspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der damaligen Partei, lässt aufhorchen (Grewe 1994: 82). Schließlich spielt er auch in der heutigen AfD eine herausgehobene Rolle: Bei der Bundestagswahl kandidierte Starbatty als Direktkandidat für die Berliner AfD und er hat, wie einführend vermerkt, auf Listenplatz fünf zur Europawahl gute Chancen, Europaabgeordneter zu werden. In der AfD nimmt Starbatty als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates eine ähnlich herausgehobene programmatische Position ein wie einst im Bund freier Bürger.

Aber es ist eben nicht nur Starbatty. Vielmehr bekundete mit Roland Vaubel ein weiteres Mitglied des heutigen wissenschaftlichen Beirates der AfD als Teil des „Gründungskomitee[s] dieser Bürgerbewegung“ Sympathien für den Bund freier Bürger (Focus 1993). Das ehemalige Präsidiumsmitglied des Bundes, Franz-Ullrich Willeke (Bering 1997), protegiert die AfD ebenso als Erstunterstützer wie der Anfang dieses Jahres verstorbene Wirtschaftsprofessor Wilhelm Hankel, der den Bund freier Bürger mit Vorträgen unterstützte (Schui et al. 1997: 175). Daher verwundert es kaum, dass auch der Bund freier Bürger als „Professorenpartei“ bezeichnet wurde (ebd.: 173).³

Der inhaltliche Hauptgrund dieser Überschneidungen dürfte darin liegen, dass sich der Bund freier Bürger als Reaktion auf europapolitische Beschlüsse, namentlich den Maastrichter Vertrag bzw. das Scheitern einer Klage, die dessen Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz bezweifelte, gegründet hatte (Grewe 1994: 69 ff.). Gerade die währungspolitischen Beschlüsse des Maastrichter Vertrages – die Einführung des Euro – zogen dabei auch Starbatty an (Lachmann 2013a). Bei der AfD war all dies sehr ähnlich. Eine der Vorläuferorganisationen der AfD, das „Bündnis Bürgerwille“, entstand in Reaktion auf eine Online-Petition des Chemikers Johannes Hüdepohl gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus.⁴ Über den eurokritischen Kurs der AfD müssen kaum mehr Worte verloren werden. Aber überhaupt: Betrachtet man beide Parteien über diese euroskeptische Parallele hinaus, dann wirkt die AfD in der Tat in weiten Teilen wie eine Wiederkehr des Bundes freier Bürger.

Sowohl der Bund freier Bürger wie auch die AfD setzten bzw. setzen auf wenige schmale Leitlinien zur eher vagen Verdeutlichung ihrer inhaltlichen Positionen, um sich für die Wähler bei der Europawahl 1994 und der Bundestagswahl 2013 in Stellung zu bringen (Grewe 1994:

3) Hans-Olaf Henkel verweist häufig darauf, dass bereits vor der AfD andere Parteien als Professorenpartei „verunglimpft“ worden wären und dürfte hiermit vor allem auf die ehemaligen Mitglieder des BfB abzielen.

4) Nachzulesen ist dies unter <http://www.buendnis-buergerwille.de/index.php?id=129> (Stand 01.05.2014).

77). Ein allgemeines Feindbild damals wie heute ist die „Sozialdemokratisierung“ (ebd.: 75), also die artikulierte Befürchtung, das deutsche Parteiensystem verschiebe sich stetig nach links (Schui et al. 1997: 174). In eben dieses Horn stieß die Anklage Hans-Olaf Henkels auf dem Europaparteitag der AfD: Man sei eine Partei der Mitte, da man seinem Standpunkt treu bliebe, während sich alle weiteren Mitbewerber nach links bewegten. Beide Parteien waren bzw. sind sich ihrer Attraktivität für das politische Rechtsaußen bewusst und setzten bzw. setzen deshalb auf „Backgroundchecks“ künftiger Mitbewerber – freilich ohne dabei gänzlich auf Mitglieder von rechts außen zu verzichten (Schui et al. 1997: 175, SPON 01.09.2013). Offenbar aus dem Repertoire der FPÖ bezog der damalige Bund freier Bürger die Frontalanklage der politischen Klasse und verknüpfte diese mit einer Parteien- und Berufspolitikerschelte (Schui et al. 1997: 180). Aus der AfD ist dieses Manöver in der überdeutlichen Klassifizierung der politischen Mitbewerber als „Altparteien“ bestens bekannt – ein Begriff übrigens, der wesentlich vom FPÖ-Charismatiker Jörg Haider benutzt wurde. Auffällig ist auch die Position, die rechte Medien und die NPD ihnen gegenüber einnahmen bzw. einnehmen. Denn Zuspruch erhielten bzw. erhalten beide politischen Bewerber vor allem von einschlägigen rechten Medien, z.B. der Jungen Freiheit oder dem heutigen Querfrontmagazin Compact (Bebnowski 2014, ebd.: 175). Schnell konnten sowohl AfD als auch BfB lobende Worte der NPD für sich verzeichnen (ebd., Lachmann 2013b⁵). Die Liste lässt sich leicht verlängern.

Abseits dieser Gemeinsamkeiten sind in programmatischer Hinsicht Versuche zu nennen, die Rolle Deutschlands gegenüber der EU zu stärken. Der Zentralismus Brüssels solle eingeschränkt werden, was vor allem als Abbau der Bürokratie übersetzt wird. Der Bund freier Bürger plädierte dafür, deutsche Zahlungen in die Gemeinschaftskassen zu verringern, da sich die damalige EG zu einer „Umverteilungsmaschine auf deutsche Kosten“ entwickelt habe (Grewe 1994: 77). Gemeinsame Leitlinien zur Asylpolitik sollten ebenso in die Wege geleitet werden wie der orchestrierte Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Als Vision von Europa entwickelte der Bund freier Bürger ein Bild der „EU als ‚freier Bund souveräner Staaten‘ (Europa der Vaterländer)“ (ebd.: 78). Hierbei wird deutlich, dass der Rückgriff auf die Nation als Begründungsinstanz der Demokratie diene. Das Subsidiaritätsprinzip wird auf diese Weise zu einem zentralen Organisationsprinzip der Gesellschaft erkoren, wobei die Familie als maßgebliche Subsidiaritätsinstanz des Bundes freier Bürger fungierte und vom Staat eine aktive Familienpolitik gefordert wurde (Schui 1997: 187 f.).

Ein Blick auf das Europawahlprogramm der AfD eröffnet ähnliche, wenn nicht gar gleiche inhaltliche Schwerpunkte. Bekanntlich intendiert auch die AfD, den deutschen Staat gegenüber Brüssel zu stärken und bedient sich hierfür in der Präambel des Wahlprogrammes einer

5) Hierzu auch die Stellungnahme des NPD-Funktionärs Frank Franz: <http://www.youtube.com/watch?v=eaT9o2oHvFk> (Stand 01.05.2014).

fast wortgleichen Formulierung wie der frühere Bund freier Bürger, indem sie gleichermaßen die Nation als Grundpfeiler der Souveränität in den Mittelpunkt rückt. „Die Alternative für Deutschland (AfD) will eine Europäische Union (EU) souveräner Staaten. Einen europäischen Bundesstaat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika lehnt die AfD ab, da es keine europäische Nation und kein europäisches Staatsvolk gibt“ (Europawahlprogramm AfD: 2). Die AfD möchte hierfür ebenfalls die Subsidiarität stärken, sie möchte sogar ein Subsidiaritätsgericht einrichten (ebd.: 9). Dass die AfD ein ähnlich konservatives Familien- und Gesellschaftsbild propagiert wie einst der BfB, ist hinlänglich bekannt (insgesamt: Kemper 2014).

Besonders frappierende Ähnlichkeiten zeigen sich jedoch in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung, die in beiden Parteien von einem wirtschaftsliberalen Grundtenor gekennzeichnet ist. Ab dem Jahr 1995 hatte sich der Bund freier Bürger dem Kampf gegen den Euro verschrieben. Der BfB kritisierte, „daß die Wechselkurse in der europäischen Währungsunion nicht mehr durch ‚den Wettbewerb zwischen den nationalen Zentralbanken‘, sondern im politischen Kompromiß innerhalb der europäischen Zentralbank festgelegt werden sollen“ (Schui et al. 1997: 184). Der Vertrag von Maastricht, so Starbatty in einem früheren Interview, „habe [...] das Integrationsmuster umgedreht: Jetzt gelte nicht mehr ‚Harmonisierung durch Wettbewerb‘, sondern ‚Wettbewerb durch Harmonisierung‘“ (ebd.). Bei der AfD klingt all dies ganz ähnlich: „Um Europa wieder eine gedeihliche Zukunft zu geben, tritt die AfD für eine Europäische Union ein, die auf Subsidiarität statt auf Zentralismus und auf Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung setzt“ (AfD Europawahlprogramm). Alles in allem stellten bzw. stellen beide Parteien in ihrer Programmatik somit deutlich auf eine Intensivierung des ökonomischen Wettbewerbs ab. Ob und inwiefern diese Tendenzen von den Ökonomen in der AfD geteilt werden und inwiefern sie die Programmatik der Partei beeinflussen, wird in den kommenden Abschnitten beantwortet.

4. Die „Eurokrise“ in Deutschland – Einfallstor für populistische Agitation

Krisen also können populistische Wellen gebären und damit Gelegenheitsfenster für populistische Akteure aufstoßen. Allgemein ließe sich formulieren, dass Krisen aus einem problemgeladenen Erfahrungsraum auf einen unsicheren Erwartungshorizont verweisen und auf diese Weise neben erheblichem diskursivem Flirren politische Entscheidungen zur Ordnungsstiftung erzwingen (Koselleck 1973; Makropoulos 2013). Ruft man sich die Verhandlung der politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen der vergangenen Jahre in Erinnerung, dann spricht viel „dafür, dass wir es in der Tat mit einer gravierenden Krise der Art zu tun haben, wie sie uns bereits während der Trendperioden 1873 ff. und 1923 ff., abgeschwächt auch in den Jahren 1973 ff. begegnet ist“ (Walter 2013a: 6). Gerade in Europa, das gegenwärtig das Entstehen bzw. Erstarken populistischer bisweilen auch rechtsradikaler Parteien verzeichnet, sprechen die politischen Entwicklungen dafür, dass die dreifache Krise aus „*Bankenkrise*, Krise der *Staatsfinanzen* und einer Krise der ‚*Realökonomie*‘“ (Streeck 2013a: 29) einen solchen populistischen Moment hat entstehen lassen.

4.1 Paradoxe Übereinkünfte zwischen den Lagern

Insofern ist es kaum überraschend, dass sich auch in Deutschland populistische Kräfte formieren. Frühere Untersuchungen der AfD-Vorläuferbewegung Bündnis Bürgerwille zeigten, dass Wirtschaftswissenschaftler aktiv versuchen könnten, mit einer neuen Partei Einfluss auf die Politik zu nehmen. Ein wirtschaftswissenschaftlicher Gesprächspartner wertete die Sammlungsbemühungen des Bündnis Bürgerwille als „Versuch, einen Kern für eine neue Partei zu bilden“ (Bebnowski/Kumkar 2013: 222). In der beständig anwachsenden Literatur zur AfD sind die Ökonomen bislang trotzdem nur als Randnotiz behandelt worden.

In der Tat könnte man es sich ob der einführenden Anmerkungen zu Krise und Populismus einfach machen: Denn natürlich haben die Sammlungsbewegungen unter Ökonomen mit der schwelenden Eurokrise zu tun. Insofern darf es nicht verwundern, dass sich Wirtschaftsexperten in einer Krise der Ökonomie mit Nachdruck zu Wort melden. Paradox ist jedoch gerade angesichts der diskursiven Scharten, die sich zu Krisenzeiten einkerben, dass die im Rahmen der Finanz- und Staatsschuldenkrise geführten hitzigen Debatten um die europäische Währungsarchitektur zu einem eigentümlichen Konsens geführt haben.

Denn neben der AfD plädierte auch der biographisch eher links zu verortende Sozialwissenschaftler Wolfgang Streeck in einem einflussreichen Buch für die Auflösung der Eurozone –

und löste damit eine heftige Debatte aus (Streeck 2013a; ders. 2013b, Habermas u. a. in: Blätter 4-9/2013). Auch in der Partei Die LINKE wurde in der Folge ein Richtungsstreit über die Positionierung zur Eurokrise geführt. Die stellvertretende Vorsitzende Sahra Wagenknecht übte ebenfalls deutliche Kritik an Euro und Währungsunion, die – wie auch von der AfD gefordert – darin mündete, den Euro abzuschaffen (Caspari 2014).

Dieser Eindruck einer verblüffenden Übereinstimmung erhärtet sich bei genauerer Betrachtung. Die wohl bekannteste Forderung der AfD nach einer Auflösung des Euro-Währungsgebietes basiert auf der Feststellung, dass der Euro dem friedlichen Zusammenleben der Menschen in Europa schade: „Die Einführung des Euro war eine Entscheidung gegen die ökonomische und politische Vernunft. Längst hat sich herausgestellt, dass der Einheits-Euro Europas Grundlagen zerstört. Er bewirkt Streit und das Wiederaufleben nationaler Vorurteile“ (AfD Europawahlprogramm: 4). Auch Wolfgang Streeck diagnostiziert: „Anders als von ihren Gründern vertraglich vorgesehen ist die Währungsunion bisher alles anderes gewesen als ein Vehikel zu einer ‚ever closer union among the peoples of Europe‘“ (Streeck 2013b: 76). Auch in der vorgeschlagenen Kur der Malaise finden sich Gemeinsamkeiten. Schließlich schlagen sowohl die AfD als auch Wolfgang Streeck vor, die Währungsunion aufzulösen, um hierdurch den Preismechanismus zwischen Einzelwährungen wieder einführen zu können. Wie in der Theorie optimaler Währungsräume von Robert Mundell wird im Mittel der Abwertung eine Möglichkeit gesehen, gegenläufige Effekte, etwa ein Wirtschaftsboom in einem Land der Währungsunion und hohe Arbeitslosigkeit in einem anderen, auszugleichen. Stünde dieser Weg nicht zur Verfügung, würde dies steigende Arbeitslosigkeit in den Ländern nach sich ziehen, die weniger „konkurrenzfähig“ sind (Mundell 1961: 664). Vor diesen Gefahren warnt die AfD in ihrem Europawahlprogramm eindrücklich (AfD Europawahlprogramm: 4 f.).

In der Tat scheint die Partei hiermit einen Nerv zu treffen. Das Szenario „asymmetrischer Effekte“, wie es unter Ökonomen heißt, ist in der Eurozone tatsächlich Realität geworden. Hier ein den Kennziffern nach prosperierendes Deutschland, dort, etwa in Spanien und Griechenland, katastrophale Folgen wie Verarmung, Abwanderung der Jugend, steigende Selbstmordraten und das Ansteigen von Krankheiten wie HIV (Fernandez 2013, Tsomou 2013, Die Welt 21.02.2014). Der Grund für diese Effekte im Süden Europas liege, so Streeck, im Euro. Denn er „verpflichtete Regierungen von Mitgliedstaaten [...] auf das neoliberale Instrumentarium einer *inneren Abwertung*: auf die Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit durch flexiblere Arbeitsmärkte, niedrigere Löhne, längere Arbeitszeiten, eine höhere Erwerbsbeteiligung und einen auf Rekommodifizierung umgestellten Wohlfahrtsstaat“ (Streeck 2013a: 237). Diese Argumentation findet sich bekanntlich auch prominent in der AfD wieder, wenn für die Auflösung der Währungszone plädiert wird. Denn die „innere Abwertung ist mörderisch“ (AfD 7). Wie in unterschiedlichen Reden der Partei wurde auch in den Interviews geäußert, dass

Griechenland nicht von außen diktiert werden dürfe, wie man wieder aus der Krise herauskomme, das Land müsse aus der Eurozone austreten dürfen. Ein Mitglied der AfD äußerte dazu: „[D]as Mindeste wäre doch, dass man nicht versucht, ein Land wie Griechenland mit allen Mitteln da drin zu halten, wo man sieht, es hat keinen Zweck. Das ist weder im Interesse der Griechen, noch in unserem Interesse“ (AfD 6).

4.2 Von Keynesianismus und Ordoliberalismus

Aber meinen Streeck und die AfD wirklich dasselbe? Natürlich nicht. Die Unterschiede lassen sich dabei anhand der wirtschaftstheoretischen Denkschulen illustrieren, denen sich die Akteure zuordneten. Bevor auf die Positionen der AfD übergeleitet wird, sollen dabei zunächst die Argumentationen Streecks und gewerkschaftsnaher Ökonomen in den Blick genommen werden.

Wolfgang Streeck lehnte sich im Gespräch, wie auch in seinen Schriften, argumentativ an Keynes an, auf den das Nachkriegsregime gekoppelter Wechselkurse mit einer gemeinsamen Bezugsgröße zurückging. Bekanntlich hatte Keynes eine synthetische Leitwährung vorgeschlagen, die er „Bancor“⁶, nannte; die USA setzten durch, dass der Dollar an dessen Stelle trat. Genau dies, so Streeck, wurde später zum Pferdefuß des westlichen Währungs- und Wirtschaftssystems. In Europa müsste es möglich sein, auf Keynes' ursprüngliche Überlegungen zurückzukommen und eine supranationale Leitwährung zu etablieren; diese „könnte dann [...] der Euro sein. Um ihn herum gäbe es Nationalwährungen in den Ländern, die sie brauchen, die sie flexibel an den Euro ankoppeln könnten“ (Streeck). Länder, die mit einem Hartwährungsregime nur schlecht leben können, könnten dann mit Zustimmung der anderen Länder ihre Währungsparität gelegentlich an ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit anpassen, sozusagen als letzte Möglichkeit. Es könnte auch einen europäischen Währungsfonds geben, der mit Krediten aushelfen würde. Die beteiligten Länder würden ein Stück geldpolitischer Souveränität behalten, freilich eingebettet in internationale Regelungen und institutionelle Arrangements, wie seinerzeit von Keynes vorgeschlagen. „Die Abwertung der Währung eines Defizitlandes bedeutet natürlich einen Verlust an Exportmöglichkeiten für die starken Länder; das kann man aber in Kauf nehmen, zumal es noch schlimmer wäre, wenn eines der schwachen Länder kollabiert“ (Streeck).

An dieser Stelle wird also deutlich, dass ein System gegenseitiger Absicherungen und Eingriffsmöglichkeiten in die Wirtschaft der Staaten präferiert wird, es kann – durchaus zu Lasten kurzfristiger Nutzenkalküle – steuernd auf die Wirtschaft eingewirkt werden, um sie zu

6) Der „Bancor“ dient im Modell als eine gemeinsame Bezugswährung, nationale Währungen könnten ihre Wechselkurse im Verhältnis zum Bancor anpassen (vgl. Streeck 2013a: 253).

stabilisieren. Hiermit befindet sich Streeck in der Nähe eines gewerkschaftsnahen Ökonomen, der sich allerdings für die Beibehaltung des Euro aussprach: „Ein Land wie Deutschland hätte seine Binnennachfrage stärker stimulieren müssen, um die Inflationsrate etwas höher zu setzen, während Länder wie Griechenland etc. hätten restriktiver sein müssen, um die Inflationsrate runterzusetzen“ (Gewerkschaft 1). Hier wird eine Möglichkeit bevorzugt, die auch in den Vorstellungen Mundells zur Lösung einer Wirtschaftskrise in einem gemeinsamen Währungsgebiet zumindest als Möglichkeit angedeutet wird (Mundell 1961: 659). Kurz: Wenn auch gegensätzliche Positionen zur Lösung des Dilemmas der Eurozone präferiert werden, wird in den Positionen Streecks und des gewerkschaftsnahen Ökonomen ein ähnliches Verständnis eines internationalen Zusammenspiels von Politik und Wirtschaft deutlich, das beide Bereiche durch institutionelle Regelungen und Abfederungsmechanismen eng miteinander verzahnt. Auf diese Weise können allzu heftige Verteilungsungleichgewichte der Märkte durch orchestrierte politische Eingriffe mit dem Ziel, die Stabilität des Wirtschaftskreislaufs insgesamt zu sichern, beschränkt werden. Langfristige Stabilität rangiert vor der denkbar höchsten Rendite. Es sei es wichtig, „dass wir nicht einen Staat unter der Kontrolle des Marktes haben, sondern einen Markt unter der Kontrolle des Staates haben“ (Gewerkschaft 2).

Der Ankerpunkt für die ökonomischen Lösungsvorschläge der AfD ist freilich ein anderer. Unter ihnen herrscht ein ganz anderes Rollenverständnis zwischen Politik und Ökonomie, das eher den Leitvorstellungen der Ordnungspolitik des deutschen Ordoliberalismus – dem sich die Mehrzahl der interviewten AfD-nahen Ökonomen zugehörig erklärte – folgt. Diese Verortung wird auch von den Autoren früherer Arbeiten zum Bund freier Bürger herausgestellt (Grewe 1994: 82 f.; Schui et al. 1997). Anstelle der Verflechtung von Politik und Wirtschaft tritt die scharfe Separation – beide Sphären funktionierten augenscheinlich nach gegensätzlichen und nur schwer vermittelbaren Logiken. „Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik? Da hätte nach meinem Dafürhalten die Politik die Aufgabe, die allererste Aufgabe, den Ordnungsrahmen zu schaffen. Und zwar per Gesetzen, die auch durchgesetzt werden. Und sie hätte weitestgehend die Finger rauszulassen aus der Wirtschaft. Und die Wirtschaft hätte zu funktionieren nach den Regeln der Politik. Und hätte nicht permanent den Versuch zu machen, das zu unterlaufen“ (AfD 5). Auch wenn die Abgrenzung zum Keynesianismus nicht vollständig zur Trennung der AfD-nahen Ökonomen und der anderen Unterstützer taugt, ihre Lösungsvorschläge atmen weitaus deutlicher den Geist dieser ordnungspolitischen Vorstellungen. Allerdings ist an dieser Stelle Vorsicht geboten. Denn auch wenn Wirtschaft und Staat für die Anhänger der AfD deutlich strikter voneinander getrennt sind, darf diese wirtschaftspolitische Haltung nicht dahingehend missverstanden werden, dass marktförmige Gestaltungsprozesse politische Einflussnahme gänzlich verdrängen sollen. Ausführungen eines der interviewten Ökonomen in Reihen der AfD zeigen dies: „[W]enn so von freien Märkten geredet wird und

man sieht dann Armut, da kann ich jetzt nicht einfach sagen: ‚Ja, die Leute haben jetzt die Hoffnung, dass sie was werden.‘ Oder so. Da seh ich schon so dieses, diese kalte Rede vom freien Markt, irgendwie nicht so ganz gesellschaftlich relevant an“ (AfD 3).

Den AfD-nahen Ökonomen geht es vielmehr darum, dass der Ordnungsrahmen ultimativ verbindliche Handlungsgrenzen setzt. Politik und Ökonomie wirken wie Gegner, die sich innerhalb dieses Arrangements zu bewegen haben, damit es eben nicht infolge wirtschaftlicher Turbulenzen zu derartigen Umgestaltungen kommt, wie in der Eurozone geschehen. Eine prinzipiell funktionsfähige Ordnung wird in ihren Augen durch machtvollen Lobbys, Banken oder auch die deutsche Exportindustrie verzerrt, weil diese schlicht zu einflussreich seien.⁷ In den Interviews wird deshalb auch eine der großen Anklagen der AfD – dass Staaten und Banken, nicht aber die Bürger „gerettet“ würden – betont. „Was mich bei der ganzen Eurorettung immer wieder ärgert ist der Umstand, dass man im Grunde Regierungen, Staaten rettet. Und nicht die normalen Leute in den Staaten“ (AfD 5). Wie ein anderer AfD-naher Ökonom betont, liegen in dieser Perspektive durchaus Berührungspunkte mit linken wirtschaftspolitischen Standpunkten. „[E]inerseits hört es sich links an, es ist aber andererseits auch sehr, sehr konservativ. Gerade im Sinne der deutschen Volkswirtschaftslehre. Also Ordnungspolitik und diese Dinge“ (AfD 3). Was die Standpunkte der AfD-nahen Ökonomen jedoch von linken, möglicherweise kapitalismuskritischen Analysen unterscheidet, ist eben die Tatsache, die Gedankenwelt des Ordoliberalismus nicht infrage zu stellen. Das eigentliche *politische* Problem, das die AfD-nahen Ökonomen identifizieren, liegt vor allem darin, dass die Politiker der Eurozone infolge der ungleichen Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und politisch Handelnden zu Rettungsmaßnahmen greifen, die mit dem Prinzip der Sphärentrennung und einer Gleichbehandlung der beteiligten Akteure brechen. Weil die bislang verabschiedeten unterschiedlichen Rettungsschirme und Schutzmaßnahmen also den Ordnungsrahmen von Politik und Wirtschaft und damit auch das Prinzip einer Gleichbehandlung verletzen, gelten sie als skandalös und rufen umso mehr nach politischer Einmischung. Insbesondere das Brechen der No-bail-out-clause – also des Verbots, für Schulden anderer Staaten zu haften – findet sich in den Schilderungen und Publikationen der AfD-nahen Ökonomen immer wieder (Henkel 2012; Vaubel 2012: 84 f.). „Das Eine ist diese No-bail-out-clause vom Artikel 125, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, darüber hat man sich krass hinweggesetzt. Es hat in der Folgezeit noch weitere krasse Rechtsbrüche gegeben und da ich ein Anhänger des Rechtsstaates bin, hat mich das sehr beunruhigt“ (AfD 6). Bereits auf Basis dieser ökonomischen Leitideen ist es der AfD so möglich, die oben angeführte Forderung nach einer Stärkung nationalstaatlicher Souveränität über das Prinzip der Subsidiarität

7) Gerade im Verweis auf die Industrie bestehen dabei abermals Überschneidungen zum Bund freier Bürger, der die Industrie wegen ihrer Subventionen und mangelnden Flexibilität zum „volkswirtschaftlichen Feindbild“ stilisierte (Schui et al. 1997: 191).

anzuführen (vgl. Bebnowski 2014). Kompetenzen sollen von der europäischen Ebene an die Nationalstaaten zurückfließen, um die ordnungspolitische Vorstellung der Trennung zwischen Politik und Wirtschaft realisieren zu können.

Gleichwohl: Auch wenn die Wirtschaft durchaus politisch gedacht wird, entscheidend bleibt dabei, dass sich politische Lösungsszenarien nicht nur sehr stark auf marktwirtschaftliche Prinzipien stützen, sondern dass diesen auch Vorrang vor politischen Steuerungsüberlegungen gewährt wird. Ein allzu großzügiges steuerndes Eingreifen in die Abläufe des Marktgeschehens wird weitgehend abgelehnt, was mit der Selbstbeschreibung einer mahnenden Wissenschaft (dismal science) korrespondiert: „weil wir in tausend Variationen immer dasselbe sagen nämlich, dass bestimmte Wunschvorstellungen einfach nicht gehen. Das ist unsre Rolle, deshalb sind wir so extrem unbeliebt als Volkswirte“ (AfD 1).

Dass die südeuropäischen Staaten in der Eurozone unter den Effekten des Euro leiden, wird dementsprechend vor allem auch als Folge ihrer mangelhaft strukturierten und damit nicht konkurrenzfähigen Wirtschaft gewertet. Damit fällt die Verantwortung und Lösung der Probleme auch vollständig auf diese Staaten zurück. Das Problem liege somit in den wirtschaftskulturellen Eigenarten und Entwicklungspfaden – den „unterschiedlichen ökonomischen Kulturen in den Mitgliedsländern der jeweiligen Staaten“ (AfD Europawahlprogramm) – begründet. Um die Probleme Griechenlands zu verstehen, wird deshalb betont: „[D]as einzige, postosmanische Land, das erfolgreich ist, [ist] die Türkei [...], weil sie preußisch reformiert worden ist“ (AfD 7). Der Grund für die Probleme Italiens liege darin, „dass die Produktivität zu gering in diesen Ländern ist. In Italien ist in den letzten zehn, zwölf Jahren, das Produktivitätswachstum gleich Null gewesen. Und das Lohnwachstum 20, 30%. Also ist jedes Produkt 30% zu teuer, und nicht konkurrenzfähig“ (AfD 4).

Hier wird deutlich, dass die südeuropäischen Staaten zu Reformen nach dem Muster der deutschen Agenda 2010 greifen sollen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Ein gewerkschaftsnaher Ökonom beschreibt den Standpunkt der AfD dabei wie folgt: Ihre Politik basiere „auf einem Standortwettbewerb von Staaten. Staaten werden als eine Art Unternehmen gesehen, die ein Geschäftsmodell haben, mit dem sie mit anderen Staaten konkurrieren. Diese eben auch zu unterbieten versuchen. Sei es im Steuerwettbewerb, sei es im Lohnwettbewerb, wie auch immer“ (Gewerkschaft 1). Instrukтив ist dabei, dass zehn der ökonomischen Erstunterstützer der AfD den 2005 von Bernd Lucke initiierten Hamburger Appell unterschrieben haben, der sich sehr grundsätzlich gegen politische Eingriffe in den Wirtschaftszyklus und für „drastische und schmerzhaft Reformen“ (Funke/Lucke/Straubhaar 2005) aussprach und genau einer solchen Logik folgte. Der Wirtschaftssoziologe Sebastian Thieme wertet ihn als einen Aufruf zu einer weitgehenden wirtschaftlichen Liberalisierung, da dieser „eine Transformation hin zu einer Marktgesellschaft anstrebte“ (Thieme 2013: 62). Auch in diesem Punkt

sind Parallelen zur wirtschaftspolitischen Grundkonzeption des Bunds freier Bürger unübersehbar (Grewe 1994; Schui et al. 1997).

Die gewerkschaftsnahen Ökonomen und Streeck verfolgen freilich ein anderes Ziel. Letzterer verknüpft mit einer Auflösung der Währungsunion die Hoffnung, „die verbliebenen Reste des Nationalstaats so weit provisorisch instand zu setzen, dass sie zur Entschleunigung der rasch voranschreitenden kapitalistischen Landnahme genutzt werden können“ (Streeck 2013a: 255). In den Reihen der AfD wird hingegen deutlich auf ein politisches Befolgen der Marktgesetzmäßigkeiten abgestellt. Wie oben gesehen, forderten der Bund freier Bürger wie auch die AfD mehr Wettbewerb zwischen den Staaten. Wenn die AfD in ihrem aktuellen Wahlprogramm eine „Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes“ (AfD Europawahlprogramm: 5) fordert, dann basiert diese Einschätzung darauf, dass ein Zurückschrauben der Wettbewerbsvorteile nicht erfolgen darf, wie ein Auszug aus ihrem Europawahlprogramm zeigt:

„Da die Reformen im Süden der Eurozone und in Frankreich bisher ungenügende Resultate erzielt haben, wird zunehmender Druck auf Deutschland ausgeübt, seine Wettbewerbsvorteile abzubauen. So fordert Brüssel den Abbau deutscher Exportüberschüsse, Frankreich die Erhöhung deutscher Arbeitskosten sowie die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland und die Kommission die Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherungen in der Eurozone. Dies ist ein ökonomisch falscher Weg, der zu Stagnation und Arbeitslosigkeit in der ganzen Eurozone führen wird. Handelsbilanzüberschüsse zwischen Mitgliedsstaaten der Eurozone sind das Ergebnis freien Wettbewerbs“ (ebd.: 4 f.).

Entsprechend lässt sich festhalten, dass die Auflösung der Währungsunion für Streeck ein *Mittel* ist, um Marktkräfte *einzuschränken*. Für die AfD hingegen ist sie *Resultat* des ökonomischen Wettbewerbs.

5. Der Wettbewerbspopulismus der AfD

Diese Überlegungen sind mehr als bloße ideologiekritische Sortierungsversuche. Denn die wettbewerbslogischen Argumentationsmuster der AfD-nahen Ökonomen liefern eine wichtige Grundlage für verschiedene Wesensmerkmale populistischer Agitation.

5.1 Der Wettbewerbspopulismus und die Verbindung nach Rechtsaußen

Insbesondere wird hierdurch ein Andocken an Positionen im politischen Rechtsaußen ermöglicht. Deutlich wird dies in den folgenden Ausführungen des zweiten Spitzenkandidaten der AfD zur Europawahl, Hans-Olaf Henkel.

„Ich habe lange genug in Frankreich gelebt, um die ambivalenten Gefühle zu kennen, die man dort gegenüber dem größeren Nachbarn hegt. Und ich kenne auch die Rezepte, mit denen man den schmerzlichen Größenunterschied zum Verschwinden bringen will. Zu diesen probierten Mitteln gehört neben der Einführung des Euro auch die alte Idee einer zentralen Wirtschaftsregierung, die stark genug ist, das Reform- und Innovationstempo der deutschen Industrie dem langsameren französischen und südeuropäischen Niveau anzupassen. Mit anderen Worten: Statt dass sich der Schwächere wie im Sport durch Disziplin und Einfallsreichtum der Leistung des Stärkeren annähert, ja diesen im Idealfall sogar als Vorbild betrachtet, flüstert hier der Langsamere dem Schnellen zu, er möge sich, möglichst unauffällig, seinem Tempo anpassen, um die hässliche Ungleichheit aus der Welt zu schaffen“ (Henkel 2012: 188 f.).

Es ist bemerkenswert, wie geschickt Henkel in dieser Passage Wettbewerbsfolgen mit einem generellen Überlegenheitsdenken und einem attestierten französischen Minderwertigkeitskomplex verknüpft. Deutschland erhält hier alle positiven Zuschreibungen, ist der überlegene – und vor allem fair spielende – Sportler, der seinen Wettbewerbsvorteil durch Disziplin und Einfallsreichtum in einer Annahme der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten erarbeitet hat. Frankreich hingegen versuche sich gewieft und auf unlauterem Wege dem Wettbewerb zu entziehen und ducke sich so um den fairen Vergleich herum.

An dieser Stelle wird vorgeführt, welche Möglichkeit die Wettbewerbslogik für den heutigen „ideologisch flexiblen“ (Häusler 2013: 16) Populismus der rechten Mitte bereitstellt. Tatsächlich gelingt es durch den Verweis auf die Logik des ökonomischen Erfolgs, ein Hauptwesensmerkmal rechtspopulistischer politischer Positionierungen zu bedienen. Dies wiederum ermöglicht die identitätspopulistische Aufwertung der eigenen Position durch die „kulturelle Abwertung der ‚Anderen‘“ (Priester 2012b: 6). Laut Henkel *ist* Frankreich eben unterlegen und kann es gar nicht auf lauterem Wege schaffen, zu Deutschland aufzuschließen. Scheinbar

zwingend resultiert hieraus dann auch die Forderung Henkels nach einer Trennung der Eurozone in einen „harten“ Nordeuro und einen „weichen“ Südeuro, die „auch die Mentalitätsunterschiede der betroffenen Länder widerspiegel[t]“ (Henkel 2012: 26). Somit gelingt die Umdeutung ökonomischer Überlegenheitsgefühle oder angesprochener Unterschiede in den ökonomischen Kulturen der Staaten in feststehende nationalistische Stereotype. „Kein Franzose oder Italiener kauft deutsche Produkte, weil er uns einen Gefallen tun will, sondern weil er in der Welt keine besseren Produkte findet“ (Starbatty 2013: 242). Der Verweis auf Frankreich – den vermeintlichen „Erbfeind“ der Deutschen – dürfte dabei ebenso Ressentiments heraufbeschwören wie das aus der Debatte der letzten Jahre bekannte Stereotyp des „faulen Südländers“. Wiederum fällt auf, wie sehr diese Argumentationsmuster strukturell der argumentativen Stoßrichtung des Bunds freier Bürger ähneln. Auch in dessen wettbewerbslogischem Konzept eines „Europas freier Völker“ entstand eine hierarchische Ordnung infolge „der ökonomischen Überlegenheit einzelner Volkswirtschaften“ (Schui et al. 1997: 183).

Eine emotionale Aufladung erfährt diese Argumentation in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation natürlich insbesondere in Deutschland. So betont die AfD etwa: „Die finanziellen Folgen im Süden der Eurozone müssen nun deutsche Steuerzahler tragen“ (AfD Europawahlprogramm: 4). Überhaupt ist der öffentliche Diskurs über Staatsverschuldung, innerhalb dessen die Debatte um die Eurorettung stattfindet, wie gemacht für eine affektgeladene Vereinnahmung. Schließlich zieht die Verschuldung machtvolle moralische Effekte nach sich, was in der deutschen Sprache bereits an der semantischen Nähe zum juristischen Begriff der *Schuld* deutlich wird (vgl. auch: Graeber 2012). Somit fällt es leicht, sich den südeuropäischen Staaten nicht nur wirtschaftlich und finanziell, sondern auch juristisch und moralisch vollständig überlegen zu fühlen. Eine Passage aus einem Beitrag eines ökonomischen Erstunterstützers der AfD wertet die strukturellen Unterschiede zwischen den Staaten zumindest dahingehend, dass sich einige Staaten auf ihrer Grundlage zu Lasten wirtschaftlich stärkerer Staaten bereichern würden. „Einige Staaten sind ‚Investitionsstaaten‘. Sie bewirtschaften ihre Ressourcen sorgfältig und erzielen Wachstum und Wohlstand, andere sind ‚Konsumstaaten‘, die dem Verbrauch fröhnen und auf Pump leben. Eines Tages beschließen die Staaten von Euroland eine gemeinsame Währung, den Euro. Die Investitionsstaaten verstehen aus der gemeinsamen Währung Nutzen zu ziehen, die Konsumstaaten nutzen die Bonität der Währung, um darauf weitere Schulden aufzubauen, bis sie schließlich in Konkurs geraten“ (Blankart 2012: 291). Durch den Hinweis, die „Konsumstaaten“ seien „Hazardeure“ (ebd.: 292) wird suggeriert, dass sie nicht bloß unvernünftig handeln, sondern dass dies auch auf deren Unfähigkeit zurückgeführt werden kann.

In Deutschland lässt sich das Ressentiment noch zusätzlich dadurch steigern, da das Land in den 2000er Jahren als „kranker Mann“ Europas galt und sich – so glaubt man es zumindest

vielerorts – durch die schmerzhaften Umstellungen des Sozialsystems in Folge der Agenda 2010 ganz aus eigener Kraft befreit hätte. Auf diese Weise kann Deutschland noch deutlicher als Vorbild für andere Staaten dargestellt werden, die gegenwärtig von der ökonomischen und sozialen Krise besonders hart getroffen wurden. Ohnehin wirkt Deutschland als vermeintlicher „Exportweltmeister“, der mit seinen Bürgschaften die Härte des Euro sichert, beinahe überlebensgroß. All diese Bestandteile wurden taktisch sehr klug von der AfD antizipiert. Ihr Wahlprogramm preist die politischen und ökonomischen Errungenschaften Deutschlands und verdichtet all dies in einem markigen Slogan, der die vermeintlichen Vorzüge Deutschlands universell auf die EU projizieren möchte – „Mut zu D-EU-tschland“.

Der Wettbewerbspopulismus ermöglicht so im Betonen der Stärke Deutschlands die rechtspopulistische Schlagseite der AfD, ohne dabei in offen rechte Positionen abzukippen. Denn natürlich liegt im Insistieren auf den Wettbewerbsvorteil Deutschlands – genau so wie Henkel es oben beschreibt – ein Mittel, um sich gegenüber anderen Staaten hervorzutun. Insofern übt die ökonomische Wettbewerbslogik eine enorme Anziehungskraft auf Chauvinisten aus, die Ökonomen liefern hierfür den strukturellen Grund. An dieser Stelle lässt sich durchaus instruktiv darauf hinweisen, dass auch Deutschlands bekanntester Literat des Grolls der rechten Mitte, Thilo Sarrazin, ein promovierter Volkswirt und ehemaliger Bundesbanker ist. In seinem neuesten Buch erklärt er die Vorstellung menschlicher Gleichheit für obsolet. Dass politische Rechtsaußen deswegen in die Partei strömen, weil sie mit ihrer Argumentation Anknüpfungspunkte mit deren Ideologie aufweist, scheint den Ökonomen genauso wenig klar zu sein wie Sarrazin. Angesichts ihrer Versuche und Maßnahmen, offen rechte Parteimitglieder auszuschließen und dem Betonen, dass die Partei „Rechten“ keinen Raum einräumen dürfe, da sie sonst belanglos würde (AfD 8), kommt das bekannte Zitat Marx' über ideologische Verbrämungen in den Sinn – sie wissen es nicht, aber sie tun es.

5.2 Der Wettbewerbspopulismus als „Antipolitik“

Kehren wir zu den Wesensmerkmalen des Populismus zurück, dann hat die Bewertung und Ausrichtung der Politik nach ökonomischen Mustern weitere bedeutsame Folgen. Wie angesprochen kann die Gegenüberstellung von Volk und Elite – die lateinische Wurzel des Wortes *populus* (Volk) zeigt es – wohl als *das* Hauptwesensmerkmal des Populismus betrachtet werden. Das Volk wird dabei als organische Einheit gedacht, das sich im Widerstreit mit den korrupten Bossen und Politikern befindet, es entwickelt sich die klassische Situation des *wir* gegen *die*.

Die oben angeführten Beispiele zeigen dabei eine Besonderheit der AfD an, die im deutschen Parteiensystem ihresgleichen sucht. Denn die Anklage der politischen Eliten basiert auf

der Bewertung deren Politik anhand ökonomischer Gesichtspunkte. In der Argumentation der AfD fällt die Logik der Ökonomie also in eins mit dem Volkswillen, wird das *wir* als ökonomisch vernünftiger Alltagsverstand gegen *die* wirtschaftlich wenig beleckten Politiker ins Rennen geschickt. Und von hier aus ist der Schritt zur *Identifizierung einer korrupten Elite*, die gegen die Interessen des Volks verstößt, nicht weit (Priester 2012b: 4 ff.).

Denn, so hört man es in Reihen der AfD-nahen Ökonomen, würde die Politik nur auf die ökonomischen Experten hören, wäre es gar nicht erst zu diesen Problemen gekommen. Im besten Falle gelten die Politiker dabei einfach als ahnungslos oder unfähig. So könne in der Politik ein „völlig fehlende[s] Interesse an fundamentalen Fragen“ (AfD 7) beobachtet werden. „Politiker sind zu einem sehr hohen Teil einfach Dilettanten. Die Rekrutierung der Politiker ist allenfalls Mittelmaß. Gute Leute werden was anderes als Politiker, jedenfalls heute. Heißt mit anderen Worten: die Ergebnisse der Politik sind auch so. Einfach fachlich schlecht“ (AfD 8). Der Grund für das Engagement so vieler Volkswirtschaftsprofessoren in der „Alternative“ liege darin, „dass man ein stärkeres geschichtliches Bewusstsein für die Gefahren hat“ (AfD 1).

Zur Lösung der Probleme wird folglich ein engeres Befolgen ökonomischer Expertise angeraten. „Und wenn die Politiker wenigstens die Expertenmeinungen ergebnisoffen nutzen würden [...], sie nutzen sie nur zur Absicherung dessen, was sie ohnehin wollen. Heißt mit anderen Worten: Die Nutzung der fachlichen Kompetenz ist mangelhaft. Und das hat mich noch gewissermaßen zusätzlich motiviert, mich da zu engagieren“ (AfD 8).

Denkbar ist allerdings auch, dass sich hieran rasch Überlegungen zu den Interessen der Politiker und dunklen Mächten im Hintergrund anheften. So sei der ESM deshalb eine „Dauerinstitution, weil Schäuble eben zusätzliche europäische Institutionen schaffen will in Europa und sich damit ein Denkmal setzen will“ (AfD 6). Dieses Argumentationsmuster, nach dem Politiker auf das historische Erbe schielend Politik in eigener Sache und am Volkswillen vorbei betreiben, findet sich auch in den Publikationen der (ökonomischen) AfD-Spitzen (Starbatty 2013: S. 50 ff.; Henkel 2013: 27-82; Vaubel 2012).

Bei Hans-Olaf Henkel wird es erwartungsgemäß besonders deftig. Er spricht von einer „französische[n] Euro-Mafia“ (Henkel 2012: 10), IWF-Präsidentin Christine Lagarde sei „Sarkozys ‚Trojanisches Pferd‘“ (ebd.), beim mit langem Atem vorbereiteten französischen Plan, „endlich auch über eine ‚harte Währung‘ wie die alte Deutsche Mark verfügen zu können“ (ebd.: 9). In den Interviews stößt man zwar ebenfalls auf die Argumentation eines unlauteren Deals zwischen Frankreich und Deutschland, derart chauvinistische Töne bleiben aber aus. Dennoch: Es werden düstere Interessen in der Politik vermutet, wodurch die Abgrenzung des Volks von der Elite gelingt. Politiker und Interessengruppen unterschiedlicher Couleur „hocken doch permanent zusammen, die haben sich festgebissen auf dieser Vorstellung, der Euro kann und darf nicht aufgelöst werden“ (AfD 5). „[D]ie Deutschen selbst, glaube ich, haben

noch nicht ganz verstanden, was für sie die Kosten des Euro sind. [...] Das ist gut für die Politiker, denn die Leute regen sich nur über das auf, was die Leute wissen. Aber als Ökonom weiß man natürlich, dass das so ist“ (AfD 8).

Die Ökonomie, so scheint es, wirkt in dieser herausgehobenen Art wie eine Art Geheimwissen, das den Lichtkegel auf die dunklen Ecken politischer Machenschaften lenkt. Über die Argumentationsmuster der Ökonomie – das letzte Zitat zeigt dies besonders eindrücklich – gelingt es, einen tiefen, trennenden Graben zwischen den Interessen des Volks und „der Politik“ aufzureißen. Auf der einen Seite stehen *die* „Altparteien“, auf der anderen *wir*, das Volk, dessen Wille von ersteren korrumpiert werde.

Erforscher des Populismus verwenden für eine solche politische Stoßrichtung, die sich frei vom Gezänk der Parteien macht und sich frontal und denunziatorisch gegen die etablierte Politik stellt, den Begriff der „Antipolitik“ (Schedler 1996; Diehl 2011). Antipolitik richtet sich nicht nur gegen bestimmte als problematisch empfundene Wesenszüge der Demokratie, sondern spielt mit einem Generalvorwurf an das System. Antipolitische Akteure konstruieren eine homogene politische Klasse, gegenüber der sie das Volk als Opfer platzieren, um sich selbst als Retter der Unterdrückten zu präsentieren. Differenzen zwischen den Parteien seien bloße Oberflächenphänomene, die von der Ähnlichkeit ihrer Politik ablenken würden. „They form a closed cartel which confronts only one meaningful force of opposition. *Guess who*“ (Schedler 1996: 295).

Schon der Name Alternative für Deutschland, der die grundsätzliche Übereinstimmung der politischen Mitbewerber in Deutschland betont, verweist darauf, dass sich die AfD exakt diesen Anstrich des antipolitischen Retters verleihen möchte. Dass sie als kleine Parteineugründung mit harten Attacken gegen „die Politik“ der „Altparteien“ in Brüssel oder andernorts zu Felde zieht, ist ein typischer Ausdruck dieses Phänomens (ebd.: 298 ff.). Um diese Rolle allerdings letztlich erfüllen zu können, muss Glaubwürdigkeit hergestellt werden – antipolitische Akteure „are not just enemies; they are outsiders“ (ebd.: 293).

Und diesen Outsiderstatus kann die AfD eben durch die Ökonomen und die ökonomische Expertise, die diese in die Partei einführen, zusätzlich untermauern. *Erstens* geschieht dies über deren Persönlichkeit. Denn die Ökonomen, die Professoren, sind Fachmänner, die von außerhalb der Politik kommen, also nicht in die Ränkespiele der Parteien verwickelt sind. Dieses Bild des rationalen Experten, der die Politik bereichert, wird, wie oben gezeigt wurde, auch offen von den Ökonomen selbst betont. Es müsse wahnsinnig schlimm für „die Politiker“ sein, wenn nun Leute in die Politik strömten, die von Wirtschaft etwas verstünden. So betonte es Hans-Olaf Henkel auf dem Europaparteitag der AfD. Kurz: Es gelte, „wenn andere Halbdeppen im Politikbetrieb dann solche Positionen ergreifen, ohne überhaupt was im Hintergrund zu haben außer, im besten Fall, seines abgebrochenen Studiums, dann kann man dem Lucke das schon zutrauen“ (AfD 9).

Zweitens jedoch gelingt es, durch die Fokussierung auf ökonomische Lösungsmuster ein sachrational wirkendes Angebot alternativer Politikgestaltung zu formulieren, das seinerseits als frei von verzerrenden politischen Interessen, ja, rein vernünftig und unideologisch erscheint. Um es kurz – und reichlich paradox – zu machen: Die wettbewerbslogisch durchwirkte Programmatik der Partei ermöglicht es also, politische Vorschläge zu artikulieren, *die nicht politisch wirken*. So entsteht durch das Insistieren auf der ökonomischen Rationalität eine Art populistisches Perpetuum Mobile: Denn der Verweis auf Ökonomie reproduziert zwangsläufig eine Frontstellung zu den verantwortlichen Politikern. Schließlich können diese gar nicht vollständig der stringenten ökonomischen Logik folgen (Bebnowski 2013a: 156 ff.; Bebnowski 2013b; Walter 2013b: 313 u. 323 f.).

Hiermit schließt sich der Kreis zurück zum Ausgangspunkt der Untersuchungen. Der Einfluss der Ökonomen und Bernd Luckes Spitzenposition erklärt sich aus den Möglichkeiten, die ökonomische Argumentationsmuster der AfD zur Positionierung gegen ihre politischen Mitbewerber eröffnen. Durch die Ableitung von Handlungsempfehlungen aus der Ökonomie gelingt es der AfD, eine klare, rein rational und unideologisch wirkende Linie gegenüber den anderen Parteien aufzubauen. Dabei bedeutet all dies freilich mehr als eine bloße Ökonomisierung von Unterschieden. Es ist fundamentaler: Möchte man es auf den Punkt bringen, dann ist die Ökonomie der argumentative Motor der AfD, noch zugespitzter, *die ökonomische Logik ist ihr Programm*.

Neben der Tatsache, dass die Vorzüge Europas in den Interviews und dem Europawahlprogramm stets vornehmlich über den „europäischen Binnenmarkt“ bestimmt wurden, lässt sich dies in der AfD auch an ihren integrationspolitischen Positionen ablesen. Denn diese liegen keineswegs stramm auf einer plumpen nationalchauvinistischen Linie. Neben einer Beschränkung der Zuwanderung vermeintlich schwer integrierbarer Personen aus den osteuropäischen EU-Staaten – sie würden, da der Markt eben auch zwangsläufig Verlierer produziert, „einen sozialen Bodensatz“ (Lucke) bilden, der die Sozialsysteme belastet – wird dort auch das Recht auf Freizügigkeit für Asylbewerber gefordert. All dies ist aus der Sicht eines ökonomischen Standortwettbewerbs natürlich kein Widerspruch, sondern nachgerade folgerichtig. So kann durch geordnete Zuwanderung Hochqualifizierter doch ebenso ein Wettbewerbsvorteil entstehen wie durch die Integration Asylsuchender in den Arbeitsmarkt, letzteres freilich mit der zusätzlichen Folge, den öffentlichen Haushalt zu entlasten.

Kurz: Die Ökonomen in der Partei sind nicht einfach Beifang populistischen Schleppnetzfi schens, sondern der entscheidende Faktor. Erst sie ermöglichen es, die sprichwörtliche Alternative glaubhaft zu verkörpern.

6. Der populistische Moment der Gegenwart – Die Erfolgsbasis der AfD

Ohne die Ökonomie als politisches Zugpferd, so lässt sich konstatieren, wäre die AfD kaum zur ernstzunehmenden politischen Alternative in Deutschland geworden. Indes: Auch hierin liegt wieder eine Parallele zum früheren Bund freier Bürger. „Der BFB will sich die Eintrittskarte in das konservative bürgerliche Lager verschaffen, indem er dem politischen Lager rechts von der Union eine allgemein anerkannte wirtschafts- und sozialpolitische Theorie als programmatische Grundkonzeption anbietet“ (Schui et al. 1997: 194). Umso mehr stellt sich also die Frage, warum eine derartige wettbewerbslogische Konzeption im Jahr 2013 einen Achtungserfolg bei der Bundestagswahl – und wohl auch den Einzug ins Europaparlament – ermöglichte, während der 1990er Jahre allerdings – anders als im europäischen Ausland – eher kläglich scheiterte. Hierfür sind neben der oben angesprochenen Diskursverschiebung im Politischen durch die Literaten des Grolls der rechten Mitte vor allem drei Gründe zu nennen.

6.1 Deutschlands volkswirtschaftliche Stabilität ermöglicht den Erfolg des Wettbewerbspopulismus

Der erste Grund für den Erfolg der AfD liegt – und dies ist paradox, denn es widerstrebt dem klassischen Bild des Modernisierungsverlierers – gerade in der Tatsache begründet, dass es Deutschland in der gegenwärtigen „Dreifachkrise“ besonders gut geht. Eine wettbewerbspopulistisch agierende Partei mit Bezug auf Europa *konnte* nur in Deutschland entstehen. Denn nur im hegemonialen Land der Eurozone, dem „Krisengewinnler“, Überschussland und „Exportweltmeister“ kann man mit Wettbewerbspopulismus reüssieren. Die Bevölkerung weiß oder ahnt zumindest, dass es ohne Deutschland keinen Euro geben wird. Weil Populismen kontextabhängig sind, operieren sie vor allem mit einer innenpolitischen Programmatik, sie sind so Phänomene, die stets in engster Verbindung an lokale, nationalstaatliche, innenpolitische Besonderheiten entstehen. Der Wettbewerbspopulismus der AfD ist dementsprechend die spezifische deutsche Gestalt, mit der sich die Emotionen der rechten Mitte bündeln lassen.

Die AfD ist bislang erfolgreich, da sie den offenen Tabubruch scheut und taktisch nicht unklug verfährt. So lange die derzeitige Führungsriege in der AfD ihre Position verteidigen kann, wird sich hieran auch kaum etwas ändern. Bündnisse mit der islamophoben Partij voor de Vrijheid oder dem antisemitisch eingefärbten Front National werden ausgeschlossen. Plebejische Kräfte wie die NPD oder die griechischen Neonazis der Goldenen Morgenröte sind der

AfD ohnehin fremd. Unter den populistischen Parteien aus der rechten Mitte kommt der AfD in Europa die europafeindliche britische UKIP, die große Sympathien in der AfD-Basis besitzt, ideologisch nahe. Auch ihr Vorsitzender, Nigel Farage, konzipiert Europa vor allem über den Freihandel und wirtschaftliche Kooperation und betont das Wettbewerbsnarrativ zu Gunsten Großbritanniens (vgl. Michelsen 2014). Dies mit erheblichem Erfolg: Der UKIP ist unlängst gelungen, was anderen populistischen Parteien in Europa ihren Rückhalt sichert: Sie rekrutiert ihre Stimmen aus der traditionellen working class (Goodwin/Ford 2014; zu Österreich: Pelinka 2002: 285).

Aber die AfD weiß, dass ein Bündnis mit der UKIP sie bei aller programmatischer Nähe durch deren Austrittsforderungen aus der EU in der deutschen Innenpolitik diskreditieren würde. Deshalb strebt sie ein zaghaftes Bündnis mit der europäischen Parlamentsfraktion an, der auch die britischen Tories angehören (ECR: European Conservatives and Reformists Group). Ein inhaltlicher Austausch ist über die ökonomischen Erstunterstützer der AfD über die „New Direction Foundation“, die Stiftung der Fraktion, längst initiiert (Plehwe/Schlögl 2014: 9 ff.). Der Triumph etwa gegenüber der CDU wäre zumindest groß, könnte sich die AfD mit der Unterstützung David Camerons brüsten. Auch schon aus diesem Grund wird die AfD sich weiterhin eher bedeckt halten, den grenzüberschreitenden Tabubruch scheuen und mittels des Wettbewerbspopulismus polemisieren.

Betrachtet man die nackten Zahlen bei der Bundestagswahl, war diese Strategie bislang schließlich auch verhältnismäßig erfolgreich. Die AfD hat es geschafft, Wähler aus der berufsaktiven Mitte der Angestellten, Selbständigen, Beamten und Arbeiter im Erwerbsalter für sich zu gewinnen (Bebnowski 2013a: 151). Betrachtet man die Wählerwanderungen zur AfD, so ist es ihr gelungen, allen im Bundestag vertretenen Parteien und der FDP Stimmen abzunehmen und ein nicht unerhebliches Potential an Nichtwählern zu mobilisieren (wahl.tagesschau.de). Eine solche Entwicklung bedarf der Interpretation. Hiermit kommen wir zum zweiten Grund für den Erfolg der AfD.

6.2 Große Koalitionen und postdemokratische Tendenzen untermauern das Bild der Alternativlosigkeit

Der zweite Grund für das Erstarken der AfD liegt im Kardinalvorwurf, die übrigen politischen Mitbewerber verträten inhaltlich und programmatisch weitgehend gleiche Positionen, ihre Politik erscheine so alternativlos. Dieses Muster, das oben als antipolitisch vorgestellt wurde, fällt im Deutschland der letzten Jahre freilich auf fruchtbaren Boden. Populismus gedeiht besonders gut in Konkordanzdemokratien, also Systemen, die auf dem politischen Kompromiss basieren (Fröhlich-Steffen 2006; Reuter 2011). Hier kann aufgrund der Patronage und auf

Ausgleich bedachten politischen Systemen ungehindert gegen die politische Klasse, z.B. die österreichische „Freunderlwirtschaft“, gewettet werden. Deutschland lässt sich zwar nicht komplett in diese Kategorie eingruppiieren, allerdings zeigte sich auch hier in den vergangenen rund zehn Jahren eine Entwicklung, die eines der wesentlichen Merkmale der Konkordanzdemokratie verkörpert: *Große Koalitionen* (Micus 2014b: 41).

Aber auch abseits dieser Feststellung wurde in den vergangenen Jahren doch auffällig häufig die Frage gestellt, inwiefern der Wähler tatsächlich noch die Wahl zwischen unterschiedlichen inhaltlichen Positionen hat. Einige große und einflussreiche politikwissenschaftliche Zeitdiagnosen der vergangenen Jahre, etwa die inflationär verwendete Postdemokratie (Crouch), die simulative Demokratie (Blühdorn) oder die Anklage, die politische Konfrontation schwinde aus dem Politikbetrieb (Mouffe) beschreiben im Kern dasselbe Phänomen, namentlich dass die politischen Positionen zunehmend ähnlich geworden, dass der Richtungsstreit aus der politischen Arena entschwunden sei (Zur Übersicht: Michelsen/Walter 2013). Diese Entwicklungen sind Elfmeter für Polemiken gegen den „Parteienstaat“, die „Berufspolitiker“ oder die „politische Klasse“ – alle schreien sie nach dem Slogan der AfD, eine Alternative verkörpern zu wollen.

Beide Entwicklungen, die großen Koalitionen und die wahrgenommene Ununterscheidbarkeit der Parteien, sind Gründe für die AfD-nahen Ökonomen, sich politisch und schließlich auch für die AfD zu engagieren. „[I]ch war als Professor eigentlich immer der Meinung man sollte parteilos sein und hab diese Meinung einmal geändert in meinem Leben, als es hier die große Koalition gab, also der letzte Durchgang vor dieser, wo ich dann wirklich dachte: ‚Oje‘. Also große Koalitionen halte ich für bedenklich für demokratische Prozesse. Und bin dann damals aus dem Grunde in die FDP eingetreten“ (AfD 3). Die FDP war neben diesem Gesprächspartner auch die angestammte politische Heimat anderer AfD-naher Ökonomen. Freilich waren sie vor allem vom Kurs der Freidemokraten während der vergangenen schwarz-gelben Koalition enttäuscht. Insbesondere gilt dies in der Eurofrage anlässlich des Scheiterns eines Mitgliederentscheids gegen die sprichwörtlichen „Rettungsschirme“ in der Eurozone. „Und ja, der Austritt [aus der FDP] war [...] im letzten Winter, vor einem Jahr. Nachdem die Abstimmung so ausgegangen war. Und dann wurde ich von Herrn Lucke angesprochen“ (AfD 6).

Dass den Ökonomen das politische Vorgehen in der Eurokrise besonders am Herzen lag, dies zeigen nicht zuletzt unterschiedliche politische Manifeste zum Euro, die, von Ökonomen initiiert, seit der Verabschiedung des Maastrichter Vertrages verabschiedet wurden. Einige der AfD-nahen Ökonomen unterstützten diese Appelle (Ohr/Schäfer 1992; Vaubel et al. 1998; Krämer/Sinn 2012; Plickert 2013), die zu Beginn der 1990er in der Politik für einige Furore sorgten, wie sich ein an ihnen beteiligter Ökonom, der die AfD nicht unterstützt, weil sie ihm zu nationalistisch und monothematisch ist, erinnerte: „Wir haben die Politik damals auf dem

falschen Fuß erwischt. [...] Das war 92 auch nicht üblich, dass Professoren irgendwelche Manifeste machten, oder irgend sowas“ (Nicht-AfD). Wer sich jedoch an die innerökonomische Kontroverse des Sommers 2012 zur Bankenunion zurückerinnert (Krämer/Sinn 2012; Burda et al. 2012; Bebnowski/Kumkar 2012), dem fällt die schroffe Haltung der Politik auf. Bundestagspräsident Norbert Lammert schalt: von „allen denkbaren Verfahren in der Bewältigung dieser Krise in den vergangenen Monaten ist das am wenigsten taugliche die Umsetzung von Expertenempfehlungen gewesen“ (Süddeutsche 07.07.2012).

Weil die Ökonomen in den besagten Manifesten aber mitunter auffallend deutlich die heutige Situation prognostizierten, wännen sie sich nun als Mahner gegenüber der Politik in vollem Recht. Abermals wird so der Abstand zur Politik vergrößert. Darüber hinaus verstoßen derartige Kränkungen aber auch gegen die Berufsauffassung und das Selbstbild der Ökonomen. „Ich bin der Meinung, jeder Wirtschaftswissenschaftler hat eine Bringschuld, sich mit Fragen der Wirtschaftspolitik zu beschäftigen, denn davon wird er von den Bürgern bezahlt. Die Bürger [...] fördern die Wirtschaftswissenschaft zunächst mal in der Absicht, Ratschläge zu bekommen, wie man die Wirtschaftspolitik verbessern kann“ (AfD 6). Eine Äußerung wie jene Lammerts wird als Affront der Politik gegen die ökonomische Profession gewertet. So werden nicht nur Widerstände provoziert, sondern all dies bringt aus Sicht der Ökonomen abermals die Abgehobenheit der Politik auf den Punkt.

6.3 Die AfD artikuliert materielle Ängste der Bevölkerung infolge des Euro und der Agenda 2010

Insofern werden in diesen systemischen politischen Verschiebungen, die auch die gesellschaftliche Mitte und Bildungselite von der Politik entfremden, bereits Aspekte deutlich, die Populisten der 1990er oder frühen 2000er Jahre fehlten, um ähnlich erfolgreich wirken zu können wie die AfD in der Gegenwart. All diese Entwicklungen könnten unter dem Label der Antipolitik gruppiert und darin leicht als affektgeladene oder emotionalisierte Laune der Bevölkerung abgetan werden.

Nur, so leicht sollte man es sich freilich nicht machen. Denn es gibt noch einen dritten Faktor, der den Erfolg der AfD erklärt. Durch ihre wettbewerbspopulistische Ansprache gelingt es der AfD, auch an materielle Ängste der Bevölkerung anzudocken. Leicht erkennbar ist dies im Verweis der AfD-nahen Ökonomen auf die stabilitätsorientierte Geldpolitik der Deutschen Bundesbank, deren Ziel es war, die Inflationsrate weiterhin niedrig zu halten. Hierin liegt ein Anknüpfungspunkt, um sich an die von FDP und CDU entfremdeten gut situierten oberen Mittelschichten anzuschmiegen. „Und meinem Verständnis nach sind das [die Unterstützer und Wähler der AfD] sehr viele Freiberufler und Selbstständige, die alle eigene Altersvorsorgen

aufgebaut haben. Oder ein mittelständisches Unternehmen vererben müssen. Oder die eben in irgendeiner Form so was wie einen nachhaltigen Erhalt eines Realkapitals sicherstellen müssen, wollen, intergenerativ denken“ (AfD 2).

Allerdings sind durch die Sozialreformen der Agenda 2010 auch weniger wohlhabende Bürger darauf angewiesen, privat für ihren Ruhestand vorzusorgen. Das Szenario einer Inflation bei gleichzeitigem negativen Kapitalzins, das infolge der lockeren Geldpolitik der EZB gemalt wurde, bedroht somit auch sie ganz persönlich – zumal Renten nicht automatisch inflationsgeschützt sind. Ganz zu schweigen vom Bedrohungsszenario einer Haftung über den Schutzschirm ESM, der in der Tat erhebliche Mengen an deutschen Steuergeldern verschlingen würde. Nachdem die Bankenrettungsprogramme der letzten Jahre in der Finanzbranche kaum zu merkbaren Kurskorrekturen geführt haben, sondern weiterhin Boni bezahlt werden und gegenwärtig über die nächsten Spekulationsblasen gemutmaß wird, ist es mit einer Toleranz für dergleichen öffentliche Rettungspakete nicht weit her.

Gerade dies verweist auch auf linke politische Akteure. Da Politik nicht neutral und sachrational, sondern häufig genug eine Angelegenheit der Emotionen und Affekte ist, verwundert es schon, dass linke politische Kräfte nur so zaghaft derartige Sorgen aufgriffen und kommunizierten. Man hätte dies freilich auch anders als die AfD kommentieren können. Nimmt man die Positionen der AfD zumindest ernst, kommt man nur schwerlich umhin, zu konstatieren, dass linke oder zumindest gemäßigte politische Kräfte nicht erst auf dem Weg der Eurorettung die Tür für die AfD mit aufgestoßen haben. Ein bekannter Spruch Walter Benjamins könnte abgewandelt werden, um zu erklären, wie das Verhältnis zu linken politischen Akteuren beschaffen ist: Jedes Entstehen eines Rechtspopulismus zeigt verpasste politische Möglichkeiten für die Linke an.

Überhaupt ist es nur schwer von der Hand zu weisen, dass sich die politischen Eliten gerade in der Eurorettung von der Bevölkerung entfernt haben, wie es die AfD betont. Schließlich fällt es doch einigermaßen schwer zu erklären, was genau sich hinter den Kürzeln ESM oder EFSF verbirgt. Ebenso wenig dürfte verwundern, dass die milliardenschweren Bürgschaften, die die Bundesregierung bei der Errichtung des ESM eingegangen ist, erhebliche Sorgen in der Bevölkerung hervorrufen. Auf diese Weise entsteht ein Bündnis aus Vertretern der etablierten gesellschaftlichen Mitte und dem prekarierten Unten – das im Übrigen auch personell auf jedem Parteitag beobachtet werden kann. Wie die Fälle aus dem europäischen Ausland zeigen, ist diese Zusammensetzung strukturell eine wesentliche Erfolgsbedingung für heutige populistische Akteure.

7. Schlussbemerkung

Bislang ist der politischen Öffentlichkeit in der Auseinandersetzung mit der AfD nur wenig eingefallen, wie ihrer besonderen politischen Ausrichtung beizukommen wäre. Auch wenn die AfD wesentliche Bestandteile des „hybriden“ Rechtspopulismus der Gegenwart aufweist (Priester 2012a; Häusler 2013), gerade der Vorwurf rechtspopulistisch zu sein, scheint ihr bislang eher zu nutzen denn zu schaden. Beinahe wirkt es, als ob die AfD ihrerseits Kraft auf diesen Vorwürfen schöpfen könnte. Den wortreichen, ja, beinahe genüsslichen Tiraden der Parteispitzen gegen die vermeintliche Diffamierung durch politisch anders Denkende dürfte ein kühnes Kalkül zu Grunde liegen. Dieses Verhalten spricht dafür, dass die Attacken gegen die vermeintliche politische Korrektheit und das sprichwörtliche „man wird doch wohl noch sagen dürfen“, an das sich die Öffentlichkeit in den letzten rund fünf Jahren gewöhnt hat, nun Wirkung zeigen. So scheint es, als ob der Rechtspopulismusvorwurf integrierend auf die Anhängerschaft zurückstrahlt und identitätsbildende Züge trägt. Besonders deutlich kann dies auf den Parteitag der AfD, zuletzt im März 2014, beobachtet werden. Auf Luckes Hinweis, „dass hier die Pressefreiheit missbraucht wird, um Menschen den Mut zu nehmen, ihre eigene Meinung zu sagen“ folgte euphorischer Applaus, sogar die Schlichtung der schwelenden Basisrebellion gegen die Satzungspläne des Vorstandes konnte erreicht werden (Lucke 2014).

Es ist nicht auszuschließen, dass die AfD eine weitere Diskursverschiebung nach rechts herbeiführt; eindeutig ist bereits, dass sie selbst von einer solchen Zuspitzung des Diskussionsklimas profitiert, das durch die unterschiedlichen „Rechtsdenker“ (Der Freitag 2014) im öffentlichen Raum längst angestoßen wurde. Dies ist ein bekanntes Muster: Äußere Anfeindungen wirken integrierend nach innen, auch der äußere Druck hält die Partei also zusammen. Jede kritische Stimme wird zum Teil des großen Meinungskartells uniformer „linker“ Eliten in Medien und Politik umgedeutet, die einen „Tugendterror“ (Sarrazin) entfachen.

Nicht nur die wissenschaftliche Präzision, sondern auch die politische Auseinandersetzung erfordert daher eine möglichst genaue Analyse der besonderen ideologischen Stoßrichtung und programmatischen Zielsetzung des Populismus der AfD. Beim Verweis auf die dunklen und mitunter chauvinistischen Seiten der AfD sollte man sicher nicht verharren.

Um all dies abschließend zu rekapitulieren: Unterschiedliche politische Entwicklungen der vergangenen Jahre führten zum Entstehen der AfD. Mit ihrem Programm ist sie fast nur in Deutschland denkbar. Dabei sind es vor allem die im Namen der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit getätigten Umstrukturierungen des Sozialstaates, die der AfD Auftrieb verleihen und miterklären, warum eine politische Kraft wie die AfD erst in den letzten Jahren und nicht bereits vor Verabschiedung der Agenda 2010 entstehen konnte. Die AfD selbst ist also ein Resultat der Wettbewerbsintensivierung der letzten Jahrzehnte.

Allerdings ist die AfD dabei aus drei Gründen ein besonders paradoxes Resultat. *Erstens* weil der Wettbewerbspopulismus an die Ängste und Probleme infolge der ökonomischen Verwerfungen der letzten Jahre andockt. Gleichzeitig hat er aber nur deshalb Erfolg, weil Deutschland – zumindest bei einem Blick auf gesamtwirtschaftliche Kennzahlen im europäischen Vergleich – in der andauernden Wirtschaftskrise relativ stabil wirkt.

Zweitens und direkt hiermit verbunden ist all dies überraschend, weil die AfD eine weitere Intensivierung des Wettbewerbs vertritt, sich ebenso gegen Mindestlöhne wie ein früheres Renteneintrittsalter oder ähnliche sozialreformerische Zuwendungen und für eine Entfesselung ökonomischer Prinzipien ausspricht. Die Identifizierung der reinen ökonomischen Vernunft mit dem vermeintlichen Willen der Bevölkerung führt so keinesfalls eine Alternative zur Politik der letzten Jahre herbei, sondern resultiert im Gegenteil in einer besonderen Form alternativloser Aussichtslosigkeit. Freilich mit dem Nebeneffekt, dass hierdurch politische Instanzen weiter geschwächt würden, sollte die AfD ihr Programm umsetzen können. Konsequenz zu Ende gedacht resultieren die Vorstellungen der AfD also in genau dem Zustand, den die Partei mit äußerster Vehemenz anprangert: Eine Politik dominiert von Technokraten, Fachmännern und Statthaltern, die so gar nichts mit der Bürgernähe zu tun haben würde, die die vermeintliche „Alternative“ herbeiführen will. Auch wenn all dies wortreich auf ihren Veranstaltungen beklagt wird – der AfD sind die Technokratenregierungen wie im Süden Europas weitaus näher als eine vitale Basisdemokratie (Bebnowski 2013a).

Drittens führt die AfD mit alledem ein politisches Kunststück auf, das die gesteigerte Aufmerksamkeit politischer Analysten verdient. Denn bemerkenswert ist es schon, was der AfD gelingt: Als Lösung für die materiellen Ängste werden schließlich ausgerechnet weitere Wettbewerbsintensivierungen gefordert. Der AfD gelingt es also, exakt jene Mechanismen, die erst für die Ängste gesorgt haben, als Problemlösung anzubieten. Dies sollte unbedingt nachdenklich stimmen. Letztlich liegt hierin ein Musterbeispiel der negativen Hegemonie, die vom Philosophen Robert Pfaller beschrieben wird. Der Vorwand, eine privilegierte Elite (*die*, die Altparteien, Banken, Industrie) verbünde sich gegen die Mehrheit (*wir*, das Volk), mobilisiert ein Resentiment, das nicht etwa zur Emanzipation führt, sondern dazu dient, weitere Zumutungen durchzusetzen (Pfaller 2008: 30 ff.).

Nun, so scheint es, liegt das Kind erst einmal im Brunnen. Wie andere populistische Parteien vor ihr, kann letztlich auch die AfD als – wie demonstriert wurde – folgerichtiger und passgenauer Indikator für das, was nicht stimmt zwischen Volk und Regierenden, gelten (Walter 2012; Priester 2007: 28). Bedenklich stimmen sollte, dass dem flexiblen Wettbewerbspopulismus, den die AfD hier als Lösung präsentiert, weitaus schwerer wird beizukommen sein als dumpfen nationalistischen Versuchen vor ihm. Man darf hierüber in Sorge geraten.

Anhang

Methoden

Um das Erkenntnisinteresse des Forschungsprojekts – Motivationen der Ökonomen für eine Beteiligung in der AfD und deren Einfluss auf die Partei – einlösen zu können, wurde ein Forschungsansatz aus der interpretativen, rekonstruktiven Sozialforschung gewählt. Im Wesentlichen stützte sich unsere Untersuchung in der aktiven Erhebungsphase auf das „theoriegenerierende Experteninterview“ (Bogner/Menz 2005; Meuser/Nagel 1991). Die Interviews wurden ohne besondere Kennzeichnungen von Erregungszuständen, Sprechpausen ö.Ä. transkribiert und den Vorschlägen Rosenthals folgend mit dem Ziel der Verständniserzeugung interpretatorisch analysiert (Rosenthal 2005: 136). Um wesentliche Schritte der vergleichenden interpretativen Sozialforschung einzuhalten, verlief die Interpretation dabei hermeneutisch, d.h. auf ein Verständnis der Sinnzusammenhänge ausgerichtet. Erklärende Schlüsse erfolgten abduktiv, Hypothesen wurden also im Forschungsprozess gebildet (insgesamt: Bieracki 2012).

Das theoriegenerierende Experteninterview wurde als Methode gewählt, da es auf die Erhebung von „Deutungswissen“ gerichtet ist, das letztlich entscheidend für die Vorstellungswelt der Akteure ist. Damit „betritt man [...] das Feld der Ideen und Ideologien, der fragmentarischen, inkonsistenten Sinnentwürfe und Erklärungsmuster“ (Bogner/Menz 2005: 44). Hierin zeigt sich die Verwandtschaft der Methode mit der Wissenssoziologie Karl Mannheims, dessen Verfahren bekanntlich vor allem auf die Analyse von Ideologien ausgerichtet war und dabei die „Seinsverbundenheit“ der Ideen aufzeigen wollte (Mannheim 1929). Derartige Vorstellungen zu Tage zu fördern, beschreibt auch das Erkenntnisinteresse des Projekts, etwa wenn danach gefragt wurde, was die Ökonomen zur Beteiligung an der AfD oder der Ablehnung der Partei bewegte. Eindeutig ist dabei, dass es sich bei den Theorien, die im Erhebungs- und Auswertungsprozess generiert werden sollten, um subjektive Sinnkonstruktionen der Befragten handelte. Erst durch den Vergleich – das wesentliche Merkmal aller aktuellen Ansätze der rekonstruktiven Sozialforschung (Nohl 2013: 271) – können die subjektiven Sinngehalte auf ihre Verallgemeinerbarkeit überprüft werden (vgl. Bohnsack/Nentwig-Gesemann/Nohl 2013). Aus diesem Grunde wurde das theoretical sampling, d.h. die Auswahl der Gesprächspartner, am Forschungsinteresse ausgerichtet (Bogner/Menz 2005: 41). Entsprechend wurden nicht nur mehrere Interviews mit den Ökonomen in der AfD geführt, sondern kontrastierend und zur Schärfung ihrer Positionen, Interviews mit Vertretern aus „Vergleichsgruppen“ – den gewerkschaftsnahen Ökonomen, der euro-kritischen Sozialwissenschaftler und dem Ökonomen, der

sich entsprechend der Thesen der AfD eurokritisch äußerte, sich allerdings nicht an der AfD beteiligen wollte – geführt.

Bei alledem betonen Bogner und Menz, dass weder für die Erhebung noch für die Auswertung des theoriegenerierenden Experteninterviews ein methodologischer Konsens existiert (Bogner/Menz 2005: 49). Wie in anderen Forschungsprojekten am Institut für Demokratieforschung entschieden wir uns für eine „halboffene“ Interviewführung (vgl. Walter et al. 2013; Klecha/Marg/Butzlaff 2013). Dies bedeutete im konkreten Fall, dass der in der Literatur häufig betonten und in der Forschungspraxis etablierten Kombination von fokussiertem Leitfadeninterview mit narrativen Elementen – in diesem Fall der Generierung des Redeflusses durch eine offene Einstiegsfrage zur AfD – gefolgt wurde (Rosenthal 2005: 131 ff.; Hopf 2000: 152).

Meuser und Nagel verweisen darauf, dass Experteninterviews durch die Experten bereits wesentlich vorstrukturiert und Sinnzusammenhänge entsprechend leicht zu entschlüsseln seien (Meuser/Nagel 1991: 451 ff.). Insbesondere der Leitfaden garantiere es, Sinnzusammenhänge aufzufinden (ebd.: 453). Folglich könne von einer kleinteiligen, fallübergreifenden Analyse einzelner Schlüsselsequenzen in den Interviews, wie sie etwa die „dokumentarische Methode“ betont (Bohnsack 2013) abgesehen werden.

Unsere praktische Forschungserfahrung bestätigt diese Einschätzung allerdings kaum. Dies schon deswegen, weil sich in Interviewsituationen mit Experten häufig besondere Zuschreibungen des Verhältnisses zum Interviewer einstellen. Da wir, wie in der Literatur vermerkt, in der Tat sowohl als „Co-Experten“, „Experten einer anderen Wissenskultur“, aber auch als „Laien“ und „potentielle Kritiker“ eingeschätzt wurden (Typen: Bogner/Menz 2005: 50 ff.), erübrigte sich eine strikt leitfadenzentrierte Befragung der Experten, da diese sich selbst kaum an die Struktur der Fragen hielten, sondern leicht in einen Redefluss gebracht wurden oder einen besonderen Darstellungsbedarf zu haben schienen. Die Leitfäden mussten entsprechend flexibel gehandhabt werden, der Sinngehalt der Interviews konnte entsprechend häufig gar nicht anders als in einer sequentiellen fallübergreifenden Analyse einzelner bedeutender Abschnitte rekonstruiert werden. Rückhalt erhält dieses Verfahren in den Überlegungen zur Auswertung von Experteninterviews von Rosenthal (2005: 135 ff.).

Eine qualitative Interviewführung, zumal mit relativ wenigen Fällen, verweist darauf, dass Generalisierungen nicht dem Standard der Repräsentativität folgen können. Es ging also nicht darum, Durchschnittstypen zu bilden, sondern es wurden in Kombination der Interviews mit der Literatur Idealtypen gebildet, die „auf die *Repräsentanz* tiefer liegender Sinnstrukturen ziel[en]“ (Bohnsack 2013: 269; Herv. i. O.). Die aufgeführten Zitate aus Literatur und Interviews sind in diesem Sinne als idealtypische Illustrationen der Sinnzusammenhänge zu betrachten.

Neben den Interviews wurden Parteitage der AfD als teilnehmende Beobachter besucht. Die AfD ist ein kontrovers diskutierter politischer Akteur. Wie gesehen erhebt die AfD selbst den

Vorwurf an die Beobachter, bewusst fehl zu interpretieren, um sie wissentlich in ein schlechtes Licht zu rücken. Bereits aus diesen Gründen schien uns eine teilnehmende Beobachtung angezeigt, um ein – wenn auch notwendigerweise subjektives – doch selbstständiges und möglichst unvoreingenommenes Bild der Strukturen und Abläufe der Partei entstehen zu lassen. In der Politikwissenschaft fehlt es an einer spezifischen Methodologie teilnehmender Beobachtung (Klecha/Marg/Butzlaff 2013: 35). Wir entschieden uns, früheren Forschungserfahrungen folgend, (Bebnowski/Kumkar 2013) für ein passives und unstrukturiertes Verfahren. Passiv bedeutet dabei eine Teilnahme an Parteitagen als bloße Beobachter, ohne in die Abläufe der Veranstaltungen einzugreifen. Unstrukturiert meint eine Teilnahme mit dem Ziel der Erkenntnisgenerierung, ohne dass dabei jedoch eine spezifische Fragestellung im Vordergrund steht, sondern vielmehr offen auf die Suche nach Erkenntnissen gegangen wird (grundlegend: Klecha/Marg/Butzlaff 2013).

Schließlich wurde Literatur der AfD, d.h. ausgewählte Publikationen ihrer Anhänger sowie programmatische Dokumente der Partei, zur Kenntnis genommen und hermeneutisch analysiert. Der bisherige Forschungsstand der AfD sowie grundlegende Literatur zum Populismus wurden ebenso aufgenommen.

Autoren

David Bebnowski, 1984, ist Sozialwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung Göttingen.

Lisa Julika Förster, 1991, ist studentische Hilfskraft am Institut für Demokratieforschung Göttingen.

Literatur und Quellen

Ankenbrand, Nils (2013): Der Protestant, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.12.2013.

Bebnowski, David (2014): Souveräner Kopf und subsidiäre Füße. Ein Vorausblick auf den Europawahlkampf der AfD, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, online unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/souveraner-kopf-und-subsidiare-fuse> (Stand 08.05.2014).

Bebnowski, David (2013a): Populismus der Expertokraten. Eine Auseinandersetzung mit der Alternative für Deutschland, in: INDES Jg. 2 (2013) H. 4, S. 151-159.

Bebnowski, David (2013b): Ideologie der Antiideologen. Über die Ideenwelt der Alternative für Deutschland, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, online unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/ideologie-der-anti-ideologen-2> (Stand: 14.05.2014).

Bebnowski, David/Kumkar, Nils (2013): „Jeder hat Angst, seinen Besitzstatus zu verlieren“. Die Anti-Euro-Proteste, in: Walter, Franz u.a.: Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen, Hamburg, S. 219-249.

Bebnowski, David/Kumkar, Nils (2012): Experten in der Krise, in: Der Freitag, 09.08.2012.

Berking, Kristof (1997): Bürgerliches Aufgebot, in: Junge Freiheit, 09.05.1997.

Biernacki, Richard (2012): Reinventing Evidence in Social Inquiry. Decoding Facts and Variables, New York.

Blankart, Charles B. (2012): Goldgräber bedrohen Euroland, in: Meyer, Dirk (Hg.): Die Zukunft der Währungsunion. Chancen und Risiken des Euros, Münster, S. 291-296.

Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2005): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion, in: dies./Littig, Beate: Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Wiesbaden.

Bohnsack, Ralf/Nentwig-Gesemann, Iris/Nohl, Arnd-Michael (2013): Einleitung. Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis, in: dies.: Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis, Wiesbaden, S. 9-32.

Bohnsack, Ralf (2013): Typenbildung, Generalisierung und komparative Analyse. Grundprinzipien der dokumentarischen Analyse, in: ders./Nentwig-Gesemann /Nohl: Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis, S. 241-270.

Burda, Michael et al. (2012): Stellungnahme zur europäischen Bankenunion, online unter: <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2012/07/stellungnahme-zur-europaeischen-bankenunion/> (Stand: 14.05.2014).

Büscher, Wolfgang (2011): Anti-Euro-Proteste. Die Geisterpartei. In: Die Zeit Online, 06.11.2011, unter: www.zeit.de/2011/45/Neue-Partei (Stand: 14.05.2014).

Caspari, Lisa (2014): „Der Euro spaltet Europa“. Interview mit Sarah Wagenknecht, in: Die Zeit 13.02.2014, online unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-02/europa-wahlkampf-wagenknecht-linke-linkspartei-interview> (Stand: 14.05.2014).

Decker, Frank (2011): Demokratischer Populismus und/ oder populistische Demokratie? Bemerkungen zu einem schwierigen Verhältnis, in: Hartleb, Florian/Wielenga, Friso (Hg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster, S. 39-54.

Der Freitag (2014): Im dunkeldeutschen Wald, in: Der Freitag, 04.03.2014.

Die Welt (21.02.2014): Eurokrise macht die Griechen körperlich krank, online unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article125060615/Euro-Krise-macht-die-Griechen-koerperlich-krank.html> (Stand: 14.05.2014).

Diehl, Paula (2011): Populismus, Antipolitik, Politainment. Eine Auseinandersetzung mit neuen Tendenzen der politischen Kommunikation; in: Berliner Debatte Initial Jg. 22 (2011) H. 1, S. 27-38.

Fernandez, Laura (2013): Gehen oder bleiben? Die Emigration junger Spanier während der Krise, in: INDES Jg. 2 (2013) H. 1, S. 73-81.

Focus (1993): O.V.: „Kohl will die Auflösung des deutschen Staates“, in: Focus 18.10.1993, online unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-kohl-will-die-aufloesung-des-deutschen-staates_aid_141546.html (Stand: 14.05.2014).

Fröhlich-Steffen, Susanne (2006): Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden, in: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden 2006, S. 33-58.

Funke, Michael/Lucke, Bernd/Straubhaar, Thomas (2005): Hamburger Appell, online unter: http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pdf (Stand: 14.05.2014).

Goodwin, Matthew/Ford, Robert (2014): White face, blue collar, grey hair: the „left behind“ voters only Ukip understands, in: The Guardian 05.03.2014, online unter <http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/mar/05/left-behind-voters-only-ukip-understands> (Stand: 14.05.2014).

Graeber, David (2012): Schulden. Die ersten 5000 Jahre, Stuttgart.

Grewe, Hartmut (1994): Der „Bund freier Bürger“. Die Brunner- oder Anti-Maastricht-Partei vor und nach der Europawahl 1994, Sankt Augustin.

Habermas, Jürgen (2013): Demokratie oder Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 58 (2013) H. 5, S. 59-70.

Häusler, Alexander (2013): Die Alternative für Deutschland – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertieften Auseinandersetzung, Düsseldorf (Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung), online unter: http://www.boell-nrw.de/downloads/AFD_Studie_FORENA_HBS_NRW.pdf (Stand 17.03.2014).

Henkel, Hans-Olaf (2013): Die Euro-Lügner. Unsinnige Rettungspakete, vertuschte Risiken - so werden wir getäuscht, München.

Henkel, Hans-Olaf (2012): Rettet unser Geld. Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet, München.

Holtmann, Everhard/Krappidel, Adrienne/Rehse, Sebastian (2006): Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden.

Hopf, Christel (2000): Qualitative Interviews. Ein Überblick.

In: Uwe Flick u. a. (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek, S. 349–360.

Kemper, Andreas (2014): Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise, Berlin (Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung), online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf> (Stand: 14.05.2014).

Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster.

Klecha, Stephan/Marg, Stine/Butzlaff, Felix (2013): Wie erforscht man Protest? Forschungsdesign und Methodik, in: Walter u. a.: Die neue Macht der Bürger, S. 14-47.

Koselleck, Reinhart (1973): Kritik und Krise, Frankfurt a. M.

Krämer, Walter/Sinn, Hans-Werner (2012): Aufruf von 282 deutschsprachigen Wirtschaftsprofessoren, online unter: <http://www.statistik.uni-dortmund.de/kraemer.html> (Stand: 14.05.2014).

Lachmann, Günther (2013a): Starbatty warnt vor einer europäischen Katastrophe, in: Die Welt 19.08.2013, online unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article119163474/Starbatty-warnt-vor-einer-europaeischen-Katastrophe.html> (Stand: 14.05.2014).

Lachmann, Günther (2013b): NPD umschmeichelt die D-Mark-Partei, in: Die Welt 12.04.2013, online unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article115245901/NPD-umschmeichelt-die-D-Mark-Partei.html> (Stand: 01.05.2013).

Langguth, Gerd (2012): Operation Stimmenraub. In: Spiegel Online, 01.01.2012, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/o,1518,805671,00.html (Stand: 14.05.2014).

Lucardie, Paul (2003): Populismus im Polder. Von der Bauernpartei bis zur Liste Pim Fortuyn, in: Werz, Nikolaus (Hg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003, S. 177-194.

Lucke, Bernd (2014): Rede Bernd Lucke auf dem Parteitag in Erfurt, online unter: <https://www.alternativefuer.de/2014/03/22/rede-bernd-lucke-auf-dem-mitgliederpartei-tag-in-erfurt/> (Stand: 22.04.2014).

Makropoulos, Michael (2013): Über den Begriff der Krise, in: INDES Jg. 2 (2013) H. 1, S. 13-20.

Mannheim, Karl (1929): Ideologie und Utopie, Bonn.

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion, in: Graz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen, Opladen.

Michelsen, Danny (2014): UKIP und die erlösende Seite der Politik, in: Blog des GfD, online unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/ukip-und-die-erlosende-seite-der-politik> (Stand: 14.05.2014).

Michelsen, Danny/Walter, Franz (2013): Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation, Berlin.

Micus, Matthias (2014a): Das Gespenst des Populismus, in: Blog des GfD, online unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/das-gespenst-des-populismus> (Stand: 14.05.2014).

Micus, Matthias (2014b): Tu infelix Austria, oder: Österreich als Musterfall des Rechtspopulismus, in: Hensel/Kallinich/Lorenz: Rechtspopulismus in Europa, S. 41-44 (im Erscheinen).

Mundell, Robert A. (1961): A Theory of Optimum Currency Areas, in: American Economic Review, Jg. 51 (1961) 4, S. 657-665.

Nohl, Arnd-Michael (2013): Komparative Analyse: Forschungspraxis und Methodologie dokumentarischer Interpretation, in: Bohnsack/Nentwig-Gesemann/Nohl: Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis, 271-294.

Ohr, Renate/Schäfer, Wolf (1992): Die währungspolitischen Beschlüsse von Maastricht führen zur Zerreißprobe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.06.1992.

Pelinka, Anton (2002): Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 31 (2002) H. 3, S. 281-290.

Pfaller, Robert (2008): Das schmutzige Heilige und die reine Vernunft. Symptome der Gegenwartskultur, Frankfurt a. M.

Plehwe, Dieter/Schlögl, Matthias (2014): Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD), in: WZB-Discussion Papers Berlin (Nr. SP III 2014-501), online unter: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2014/iii14-501.pdf> (Stand: 14.05.2014).

Plickert, Philip (2013): Deutsche Ökonomen werfen der EZB Staatsfinanzierung vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.09.2013, online unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/neuer-appell-deutsche-oekonomen-werfen-der-ezb-staatsfinanzierung-vor-12569316.html> (Stand: 14.05.2014).

Priester, Karin (2012a): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt a.M./ New York.

Priester, Karin (2012b): Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 62 (2012) H. 5-6, S. 3-9.

Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt a. M.

- Priester, Karin (2005): Der populistische Moment, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 50 (2005) H. 3, S. 301-310.
- Reuter, Gerd (2011): Unmut zwischen Maas und Marschen. Rechtspopulisten in Belgien und den Niederlanden, in: Hartleb/Wielenga (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie, S. 55-75.
- Rosenthal, Gabriele (2005): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Weinheim.
- Schedler, Andreas (1996): „Anti-Political-Establishment Parties“, in: Party Politics Jg. 2 (1996) H. 3, 291-312.
- Schui, Herbert et al. (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München.
- Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung, in: Decker (Hg.): Populismus, S. 144-164.
- Starbatty, Joachim (2013): Tatort Euro. Bürger, schützt das Recht, die Demokratie und euer Vermögen, Berlin.
- SPON (01.09.2013) O.A.: AfD-Landesverbände fürchten rechte Unterwanderung, in: Spiegel Online 01.09.2013, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-landesverbaende-fuerchten-rechte-unterwanderung-a-919706.html> (Stand: 14.05.2014).
- Streeck, Wolfgang (2013b): Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 58 (2013) H. 9, S. 75-92.
- Streeck, Wolfgang (2013a): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.
- Süddeutsche Zeitung (2012): O.V.: Lammert watscht Euro-Experten ab, in: Süddeutsche Zeitung, 07.07.2012, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagspraesident-reagiert-auf-kritik-lammert-watscht-euro-experten-ab-1.1405326> (Stand 05.03.2014).
- Thieme, Sebastian (2013): Der Ökonom als Menschenfeind. Über die misanthropischen Grundmuster der Ökonomik, Opladen u.a.
- Tsomou, Margarita (2013): „Ich aber werde bleiben!“ Krisenperspektiven aus griechischer Sicht, in: INDES Jg. 2 (2013) H. 4, S. 38-43.
- Vaubel, Roland (2012): Die politische Ökonomie der Staatsschuldenkrise und die Zukunft des Euro, in: Meyer (Hg.): Die Zukunft der Währungsunion, S. 83-102.
- Vaubel, Roland et al. (1998): Der Euro kommt zu früh, online unter: <http://www.uni-goettingen.de/de/euro-diskussion/65383.html> (Stand: 14.05.2014).
- Walter, Franz (2014): Bastarde der Demokratisierung, in: Blog des GfD, online unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/bastarde-der-demokratisierung> (Stand: 14.05.2014).
- Walter, Franz et al. (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Hamburg.

Walter, Franz (2013a): Ruhe im Sturm? Deutungsverlust und Demokratieschwund in der Krise, in: INDES Jg. 2 (2013) H. 1, S. 6-12.

Walter, Franz (2013b): Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft, in: ders. u.a.: Die neue Macht der Bürger, S. 301-343.

Walter, Franz (2012): Ist Populismus ein Übel? Über Rationalismus, Deformation und Defizite der herrschenden Elite in der Demokratie, in: Forschung und Lehre, Jg. 19 (2012) H. 7, S. 536-538.

Online verfügbare Quellen der Alternative für Deutschland

alternativfuer.de: Homepage der Alternative für Deutschland (Stand: 14.05.2014).

Europawahlprogramm AfD: Das Programm der AfD zur Europawahl, online unter:
<https://www.alternativfuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf>
(Stand: 14.05.2014).

Arbeitspapiere der Otto Brenner Stiftung

Die Ergebnisse der OBS-Forschungsförderung machen wir als Arbeitshefte der OBS öffentlich zugänglich. Die Ergebnisse von Kurzstudien oder aktuellen Untersuchungen veröffentlichen wir in der OBS-Reihe „Arbeitspapiere“, inzwischen liegen vierzehn Arbeitspapiere vor. Sie erscheinen nur online. Infos und download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 14: Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen
(David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13: Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode
(Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12: Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR
(Joachim Trebbe)
- Nr. 11: Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag
(Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10: Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland
(Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9: Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen
(Dr. Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8: Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze
(Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7: Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013
(Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6: Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste
(Ulrich Brinkmann, Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux)
- Nr. 5: Wie sozial sind die Piraten?
(Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4: Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele
(Ulrich Bochum und Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3: Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen
(Anton Wundrak)
- Nr. 2: Werkverträge in der Arbeitswelt
(Andreas Koch)
- Nr. 1: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland
(Sebastian Bödeker)

Wer über laufende Projekte, aktuelle Arbeitspapiere und neue Arbeitshefte informiert werden will, wer auf wichtige Termine und interessante Veranstaltungen regelmäßig und frühzeitig hingewiesen werden und über die Arbeit der Stiftung und spannende Kooperationsprojekte auf dem Laufenden gehalten werden möchte, kann unseren Newsletter abonnieren, der bis zu fünf Mal im Jahr erscheint.

Infos und Abo unter: www.otto-brenner-stiftung.de/presse/newsletter/archiv.html

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der geförderten Projekte öffentlich

zugänglich und veröffentlicht z. B. die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“. Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 6. Dezember 2011 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

■ OBS-Arbeitsheft 77

Werner Rügemeier, Elmar Wigand
Union-Busting in Deutschland

Die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung

■ OBS-Arbeitsheft 76

Marvin Oppong
Verdeckte PR in Wikipedia

Das Weltwissen im Visier von Unternehmen

■ OBS-Arbeitsheft 75

Olaf Hoffjann, Jeannette Gusko
Der Partizipationsmythos

Wie Verbände Facebook, Twitter & Co. nutzen

■ OBS-Arbeitsheft 74

Alexander Hensel, Stephan Klecha
Die Piratenpartei

Havarie eines politischen Projekts?

■ OBS-Arbeitsheft 73

Fritz Wolf
Im öffentlichen Auftrag

Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge

■ OBS-Arbeitsheft 72*

Bernd Gäbler
Hohle Idole

Was Bohlen, Klum und Katzenberger so erfolgreich macht

■ OBS-Arbeitsheft 71*

Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz
„Bild“ und Wulff – Ziemlich beste Partner

Fallstudie über eine einseitig aufgelöste Geschäftsbeziehung

■ OBS-Arbeitsheft 70*

Andreas Kolbe, Herbert Hönigsberger, Sven Osterberg
Marktordnung für Lobbyisten

Wie Politik den Lobbyeinfluss regulieren kann

■ OBS-Arbeitsheft 69*

Sandra Siebenhüter
Integrationshemmnis Leiharbeit

Auswirkungen von Leiharbeit auf Menschen mit Migrationshintergrund

■ OBS-Arbeitsheft 68*

Bernd Gäbler
„... und unseren täglichen Talk gib uns heute!“

Inszenierungsstrategien, redaktionelle Dramaturgien und Rolle der TV-Polit-Talkshows

■ OBS-Arbeitsheft 67*

Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz
Drucksache „Bild“ – Eine Marke und ihre Mäde

Die „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Konto: 905 460 03	161 010 000 0
BLZ: 500 500 00	oder 500 101 11
Bank: HELABA Frankfurt/Main	SEB Bank Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03	DE81 5001 0111 1610 1000 00
BIC: HELA DE FF	ESSE DE 5F

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Konto: 905 460 11	198 736 390 0
BLZ: 500 500 00	oder 100 101 11
Bank: HELABA Frankfurt/Main	SEB Bank Berlin
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11	DE11 1001 0111 1987 3639 00
BIC: HELA DE FF	ESSE DE 5F 100

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Ausschreibung

Otto Brenner Preis 2014

*„Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber
der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht,
sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“*

(Otto Brenner 1968)

Es werden Beiträge prämiert, die für einen kritischen Journalismus vorbildlich und beispielhaft sind und die für demokratische und gesellschaftspolitische Verantwortung im Sinne von Otto Brenner stehen. Vorausgesetzt werden gründliche Recherche und eingehende Analyse.

Der Otto Brenner Preis ist mit einem Preisgeld von 47.000 Euro dotiert, das sich wie folgt aufteilt:

- 1. Preis 10.000 Euro**
- 2. Preis 5.000 Euro**
- 3. Preis 3.000 Euro**

Zusätzlich vergibt die Otto Brenner Stiftung:

für die beste Analyse (Leitartikel, Kommentar, Essay)
den Otto Brenner Preis „Spezial“ 10.000 Euro

für Nachwuchsjournalisten
den „Newcomerpreis“ 2.000 Euro

für Medienprojekte
den „Medienprojektpreis“ 2.000 Euro

und drei **Recherche-Stipendien** von je **5.000 Euro**

Bewerbungszeitraum: 1. April – 15. Juli

Die Bewerbungsbögen mit allen erforderlichen Informationen erhalten Sie unter:
www.otto-brenner-preis.de

Otto Brenner Stiftung
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main
E-Mail: info@otto-brenner-preis.de
Tel.: 069 / 6693 - 2576
Fax: 069 / 6693 - 2786

